

Nr. 8 30. Dezember 1986
erscheint 8mal jährlich

Redaktionsteam
Anna-Marie Kappeler
Josef Odermatt
Dr. Emil Schreyger
Werner Steinmann

Verantwortlich für diese Nummer
Werner Steinmann

Verlagsleitung
Franz Staffelbach

Redaktionskommission des SSG-Zentralvorstandes
Dr. Hermann Suter
Beat Oppliger
Dr. Ralph Anderegg
Hans Eugster

SSG-Zentralsekretariat
Postfach 49, 5430 Wettingen
Telefon 056 - 22 95 68
17-19 Uhr

SRD-Zentralsekretariat
Feldeggstrasse 65
8008 Zürich
Postfach 387, 8034 Zürich
Telefon 01 - 251 44 45

Redaktionskommission der SAD
Dr. Kurt Werner
René Seeholzer

Redaktion, Administration
Keller & Co AG
Druckerei und Verlag
Postfach, 6002 Luzern
Telefon 041 - 28 11 11
PC 60 - 74

Inseratenregie
ofa Orell Füssli Werbe AG
Elisabethen-Anlage 7
4002 Basel
Telefon 061 - 23 09 11
Herr P. Lüchinger

Abonnementspreis
inkl. SSG-Mitgliedschaft
1 Jahr Fr. 40.-

Auflage
18 000 Exemplare

Illustrationen
Karl Gähwiler, Caritas, Keystone, Felix von Wartburg, ruti

Titelbild
Marcel Tuor
(Fotos: Keystone)

Gestaltung
Marcel Tuor

Druck und Verlag
Keller & Co AG
Druckerei und Verlag
6002 Luzern

«Trotz vielen Neueingängen wird jedes einzelne Gesuch sorgfältig geprüft.»

Interview mit dem Flüchtlingsdelegierten des Bundesrates, Peter Arbenz.

3



Weltweit über 12 Millionen Flüchtlinge

Politische Wirren sind es vor allem, die für die grossen Flüchtlingsströme verantwortlich sind.

7



Was bringt die Asylgesetzrevision?

An der Urne wird sich das Schweizervolk zur Asylpolitik äussern. Die Vorlage ist umstritten. Sie ist auch das Ergebnis eines harten Ringens im Parlament...

18



Editorial 2

«Wir schlagen nicht einfach die Türe zu»
«Staatsbürger»-Interview mit Peter Arbenz, Delegierter des Bundesrates für das Flüchtlingswesen.

3

Politik schiebt Millionen von Menschen hin und her

Mehr als zwölf Millionen Menschen gibt es nach Schätzung des UNO-Hochkommissariats auf der Welt. Und diese Zahl ist eher zu gering denn zu hoch...

7

Ein Weg in die Freiheit

Ein kambodschanischer Flüchtling schreibt, wie er in die Schweiz kam.

10

Eine Reise nach Ungarn

Nach langen Jahren wieder einmal eine Begegnung mit der alten Heimat.

12

Bilder beschreiben das Elend

Flüchtlinge in aller Welt – Flüchtlinge, die in der Schweiz Aufnahme suchen: Ein aufwühlender Bilderbogen beschreibt ihre Not am besten.

14

Die Asylgesetzrevision

Am 5. April stimmen wir über Asylfragen an der Urne ab. Um was geht es, und wie kam diese Vorlage zustande?

18

Büchertips 21

Die Staatsbürgerin 22

An der Urne 24

Staatsbürger intern 25

SAD im «Staatsbürger» 28

Flüchtlinge klopfen an die Tür der Eidgenossenschaft



Menschen auf der Flucht: Millionen sind gezwungen, eine neue Heimat zu suchen.

Millionen von Menschen werden jedes Jahr durch Bürgerkriege, politische Wirren, Naturkatastrophen und Wirtschaftskrisen zur Flucht aus ihren Heimatländern getrieben. Viele versuchen, in Nachbarländern unterzukommen, leben in Flüchtlingslagern, haben die Hoffnung, nach Hause zurückkehren zu können oder allenfalls anderswo eine neue Bleibe zu finden. Viele dieser Menschen machen auf der Suche nach der persönlichen Zukunft weite Reisen, zum Beispiel in die Industriestaaten des Westens. Und einige von ihnen gelangen so auch in die Schweiz.

Menschen aus allen Kontinenten klopfen an die Türe der Eidgenossenschaft. Sie zeigen unserem Land mit kaum zu überbietender Deutlichkeit, wie stark auch die kleine Schweiz zur übrigen Welt gehört, auch wenn wir manchmal gerne die Augen verschliessen würden und vielleicht lieber für uns allein bleiben möchten.

Doch auch die Schweiz ist gezwungen, sich mit diesem weltweiten unaufhörlichen Flüchtlingsstrom zu befassen. Dies ist zwar für uns nichts grundsätzlich Neues: Die Schweiz hat von jeher Bedrohten Asyl gewährt, unsere Asylpolitik war seit jeher offen und liberal. Das Neue ist heute vor allem die Herkunft und die hohe Zahl dieser Flüchtlinge und die Art und Weise, wie die Asylbewerber in unser Land gekommen sind.

Zur Herkunft: Auch die Schweiz sieht sich heute mit Flüchtlingen aus anderen Kulturkreisen konfrontiert. Wir müssen lernen, diese Menschen und ihre Kulturen zu verstehen, nur dann können wir ihnen auch richtig begegnen. Die Schweiz ist gezwungen, dazulernen, sich Unbekanntem zu öffnen, Skepsis oder gar Abneigung zu überwinden.

Zur hohen Zahl von Asylbewerbern: Westeuropa – und damit auch die Schweiz – werden von einer regelrech-

ten Asylantenschwemme überflutet. Das bringt Probleme: Denn die Schweizer Asylpolitik war bisher nicht darauf eingerichtet, so viele Gesuche zu bearbeiten. Und zur Art und Weise, wie viele Asylbewerber in unser Land kommen: Leider gibt es viele Missbräuche, leider werden viele Menschen – welche den Flüchtlingsstatus nach schweizerischem Recht nicht erfüllen – mit falschen Versprechungen von regelrechten Menschenhändlern aus ihrer Heimat weggelockt. Schlepperorganisationen versuchen so auf gewissenlose Art, mit Menschen ein Geschäft zu machen. Das führt dazu, dass unser Land gezwungen ist, viele Gesuche um Aufnahme negativ zu beantworten.

Mit Asylgesetzrevisionen, mit der Einsetzung eines bundesrätlichen Delegierten für das Flüchtlingswesen musste die Schweiz reagieren, um dem Problem Herr zu werden. Jetzt funktionieren zwar die Mechanismen wieder, aber die Flüchtlingsproblematik bleibt. Unser Land hat dabei begriffen, dass man Flüchtlingsprobleme eigentlich in den Herkunftsländern lösen müsste. Es bestehen dazu aussenpolitische Initiativen, unser Land soll freiwillige Rückkehrhilfen leisten, soll versuchen, mit Entwicklungsarbeit das Seine zur Lösung der Probleme beizutragen.

In dieser «Staatsbürger»-Ausgabe werden einige Aspekte dieser Flüchtlingsproblematik gestreift. Die Rede ist dabei von schweizerischer Innenpolitik – wie werden wir mit dem Problem administrativ fertig? – aber auch von Aussenpolitik. Dabei wird deutlich: Auch die Schweiz muss sich um die Geschehnisse in der Welt kümmern, denn auch sie ist davon betroffen.

Werner Steinmann, Redaktor

Peter Arbenz: «Wir werden im Jahre 1986 insgesamt weniger Asylgesuche zu verzeichnen haben als im Vorjahr. Damals waren es fast 10000 neue Asylbewerber. Im Oktober dieses Jahres, einem absoluten Spitzenmonat, mussten wir 1245 Neueingänge registrieren. Dieser Monat schliesst an einen Vormonat an, in welchem wir 1194 Neueingänge hatten. Das heisst also, dass die Zahl der Asylgesuche seit Mitte Jahr stark angezogen hat und wir jetzt auf einen Monatsdurchschnitt kommen, der weit über dem liegt, was wir vom letzten Jahr kennen. Allerdings war das erste Halbjahr 1986 eher schwächer. Man hatte damals den Eindruck, die Schweiz liege im internationalen Vergleich eher unter dem Durchschnitt. Dieses Bild hat sich jetzt stark verändert.»

Und aus welchen Ländern kommen die meisten Asylbewerber in unser Land?

Peter Arbenz: «Am meisten kommen derzeit aus der Türkei. Zwei Drittel aller Asylbewerber sind Türken. Stark angezogen hat auch die Zahl der Iraner, und bescheidener geblieben – übrigens seit Anfang Jahr – ist die Zahl der Tamilen. Das gleiche gilt für die Angehörigen afrikanischer Staaten, etwa von Zaire oder Äthiopien. Interessanterweise haben wir auch weniger Afghanen als früher. Neu sind unter den Asylbewerbern Pakistaner zu finden.»

Und wie kommt man jetzt mit der Erledigung der Pendenzen voran?

Peter Arbenz: «Wir haben bis jetzt gegenüber dem Vorjahr über 1000 pendente Gesuche abbauen können, obwohl wir viele Neueingänge zu verzeichnen hatten. Obschon das Personal noch nicht den Sollbestand erreicht hatte, konnten im ersten Halbjahr 1986 noch mehr alte Gesuche erledigt werden. Jetzt können wir mit der hohen Zahl neuer Asylbewerber nicht mehr ganz Schritt halten, und der Pendenzenberg wächst wieder.»

Ist denn der Ausbau Ihrer Amtsstelle plangemäss fortgeschritten?

«Staatsbürger»-Interview mit Peter Arbenz, Delegierter des Bundesrats für das Flüchtlingswesen

«Wir schlagen nicht einfach die Türe zu . . .»

Interview: Werner Steinmann

Die Schweizer Asylpolitik ist im Dilemma: Einerseits gilt es, die traditionell liberale Haltung der Schweiz weiterzuführen. Andererseits muss unser Land derzeit eine grosse Zahl missbräuchlich gestellte Asylgesuche bewältigen. Asylpolitik ist somit auch zur «Abwehrpolitik» geworden, und die hohe Zahl der Asylbewerber führte zu leidenschaftlichen Diskussionen in der Öffentlichkeit. Der «Staatsbürger» hat sich deshalb mit dem Delegierten des Bundesrates für das Flüchtlingswesen, Peter Arbenz, unterhalten. Weil man oft Klagen aus den Kantonen über zu viele Asylbewerber hört, aber auch von Zahlen spricht, die auf eine gewisse Beruhigung hindeuten, lautete die erste Frage: «Ist die Zahl neuer Asylgesuche weiterhin zunehmend? Wie sieht es zurzeit wirklich aus?»

Peter Arbenz: «1986 war im personellen und organisatorischen Bereich eine Ausbau- und Konsolidierungsphase. Bis Ende Jahr sollte der vom Parlament um 36 auf 192 Mitarbeiter aufgestockte Sollbestand erreicht sein. Die personelle Rekrutierung hat uns Anfang Jahr einige Schwierigkeiten bereitet. Jetzt haben wir aber die neuen Mitarbeiter gefunden. Damit kann der syste-

matische Abbau der Pendenzen beginnen. Das Parlament hat uns für diese Arbeit ja eine Frist von zwei Jahren – also bis Ende 1988 – eingeräumt. Dabei muss man davon ausgehen, dass wir immer einen Stock von pendenten Gesuchen von 5000 bis 6000 haben werden, nämlich etwa die Hälfte der Zahl von jährlichen Neueingängen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Behandlungsdauer für

die erste und zweite Instanz erfahrungsgemäss zwischen sechs und acht Monaten liegt.»

Ist es richtig zu sagen, dass zwar in der ersten Instanz die Pendenzen rascher abgebaut werden, dass hingegen die zweite Instanz eher mehr Zeit benötigt?

Peter Arbenz: «Es hat natürlich eine gewisse Verlagerung der



Peter Arbenz: «Jetzt kann der systematische Abbau der Pendenzen beginnen...»

Pendenzen von der ersten zur zweiten Instanz stattgefunden, weil wir viele Gesuche erledigten und die Rekurse zunahen. Diese Entwicklung war voraussehbar, obwohl ja auch der Beschwerdedienst 34 neue Stellen bewilligt erhielt.»

Wie hoch ist der Anteil der gutgeheissenen beziehungsweise abgewiesenen Gesuche?

Peter Arbenz: «Dieses Jahr verzeichneten wir gesamthaft eine Anerkennungsquote von 12 Prozent.»

Und gibt es hier Unterschiede zwischen den einzelnen Herkunftsländern?

Peter Arbenz: «Es gibt grosse Unterschiede. Die höchste Anerkennungsquote haben die Afghanen, dann folgen die Angehörigen europäischer Oststaaten, dann die Türken (etwa 10 Prozent). Für Asylbewerber aus anderen Staaten fällt die Anerkennungsquote sehr stark ab, beispielsweise haben die Tamilen noch eine solche von 5 Prozent, die Zairer gar nur von 1 Prozent. Das ist der Ausdruck einer neuen Zusammensetzung der Asylbewerber. Weltweit sind 12 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie suchen Asyl, auch in unserem Land. Zahlreiche dieser Asylgesuche können jedoch nicht im Sinne unseres Asylgesetzes als erfolgt betrachtet und jene,

die sie gestellt haben, können deshalb auch nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, weil sie ihre Heimat wegen Armut, Hunger, Bürgerkriegen oder Umweltkatastrophen verlassen haben.»

Kommen wir zur Situation in der Schweiz: Viele Kantone lassen durchblicken, dass sie wohl bald keine Asylanten mehr aufnehmen können. In einem Einzelfall wurden sogar schon generell keine Gesuche mehr entgegengenommen. Gibt es eine Tendenz, die darauf hindeutet, dass die Kantone die Prinzipien der Asylpolitik «untergraben»? Mangelt es an der interkantonalen Solidarität?

Peter Arbenz: «Nein, das kann ich nicht bestätigen. Die Kantone sträuben sich nicht. Nach meinen Feststellungen leistet wirklich jeder Kanton, was er verkraften kann. Und damit ist auch angetönt, dass nicht jeder Kanton gleich viele Asylbewerber verkraften kann. Die Aufnahmekapazität hängt aber von der Grösse des Kantons, seinen politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, der wirtschaftlichen Standortgunst und natürlich auch vom Apparat ab, der ihm zur Bewältigung dieser Probleme zur Verfügung steht. Man muss einfach sehen, dass die grossen Kantone, die Stadtkantone, hier mehr Möglichkeiten haben als die kleinen Bergkantone. Aber die Bereit-

schaft, im Rahmen des Verteilungsschlüssels, den die Kantone unter sich ausgemacht haben, mitzuwirken, ist durchaus da. Es scheidet manchmal an den praktischen Möglichkeiten, etwa an den Unterkünften. Ein Grund dafür ist die manchmal mangelnde Bereitschaft der Gemeinden, solche Heime einzurichten. Man muss für solche Probleme aber Verständnis haben. Kantone wie Aargau oder Freiburg, die einen massiven Zustrom zu verzeichnen hatten, machen geltend, es müsse nun zuerst wieder Platz geschaffen werden.»

In einigen Kantonen hat es Arbeitsprogramme für Asylbewerber gegeben. Ist das eine Möglichkeit, solche Leute sinnvoll zu beschäftigen, könnte man solche Programme vermehrt vorsehen?

Peter Arbenz: «Wir müssen unterscheiden zwischen der ersten Angewöhnungsphase und einer «Nachheimphase». Für diese zweite Phase, etwa zwischen dem dritten und dem sechsten Aufenthaltsmonat, haben einige Kantone und Gemeinden Beschäftigungsprogramme entwickelt. Dies hat sich sehr bewährt. Einzelne Kantone sind in der Erteilung von Arbeitsbewilligungen allerdings sehr zurückhaltend. Die zweite Asylgesetzrevision sollte hier eine Besserung bringen, indem sie das Arbeitsver-

bot generell auf drei Monate beschränkt. Sicherlich ist die Anpassung leichter zu vollziehen, wenn die Asylbewerber arbeiten, wenn sie ihre neue Situation auch an einem Arbeitsplatz erleben können und nicht in «steriler Umgebung» warten müssen.»

Viele Kantone haben Mühe mit der Unterbringung von Asylbewerbern. Wie sieht es mit jenen aus, denen die Schweiz Asyl gewährt hat: Können sie damit rechnen, Wohnung und Beschäftigung zu finden?

Peter Arbenz: «Ein anerkannter Flüchtling kann seinen Arbeitsplatz selber auf dem Arbeitsmarkt suchen. Er hat die gleichen Möglichkeiten wie ein Aufenthaltler. Einschränkungen gibt es eigentlich keine. Etwas anders sieht es bei den Internierten aus, die nur in Mangelberufen tätig sein können. Nach meiner Beobachtung erhalten Flüchtlinge dort, wo es Arbeitsplätze gibt, problemlos einen Job. Sehr viele Unternehmer haben mit ihnen gute Erfahrungen gemacht. Es werden uns oft Gesuche aus der Wirtschaft gestellt, die darauf zielen, diesen oder jenen Asylbewerber länger behalten zu dürfen. Viele integrieren sich gut, sind gute Fachkräfte und passen sich menschlich gut an. Es gibt hier sogar eigentliche «Solidaritätsaktionen» von Arbeitskollegen und Unterneh-



«Staatsbürger»-Interview mit dem Delegierten des Bundesrates für das Flüchtlingswesen, Peter Arbenz (rechts). In der Mitte Katrin Graf, Mitarbeiterin des Flüchtlingsdelegierten, links Redaktor Werner Steinmann.

mern und sogar von Kunden. Natürlich dürfen wir nicht verschweigen, dass es auch andere Fälle gibt. Viel hängt vom einzelnen Flüchtling selber ab.»

Viel zu reden geben Missbräuche – missbräuchlich gestellte Gesuche, Schlepper, die einen «Asylantenhandel» betreiben. Was kann die Schweiz dagegen unternehmen?

Peter Arbenz: «Ich muss zuerst feststellen, dass solche Missbräuche momentan förmlich grassieren. Bei einem grossen Teil jener Türken beispielsweise, die illegal über die Grenze kommen, haben Schlepper die Hände im Spiel. Um zu massiven Beträgen in ein europäisches Land eingeschleust zu werden, verkaufen viele ihr ganzes Hab und Gut. Das ist eine neue Form von Ausbeutung! Leider ist es sehr schwierig, diese Schlepperorganisationen zu verfolgen, weil sie zum Teil ihre Basen im Ausland haben und wir bei uns allenfalls die kleinen Agenten fassen können. Solche versuchen wir selbstverständlich zu stellen, das ist eine polizeiliche Aufgabe. Hierzu müsste die Grenzkontrolle verschärft werden. Das Grenzwachtkorps und die Grenzpolizeiorgane sind aber unterdotiert und von dieser Kontrolle überfordert. Denkbar sind auch interkantonale Lösungen, im Rahmen derer beispielsweise der eine oder andere Kanton ein Kontingent Kantonspolizisten zur Grenzkontrolle zur Verfügung stellt. Das alles sind Massnahmen, die sich unserem direkten Aufgabenbereich entziehen und zum Teil noch zusätzliche Mittel und Bundesratsbeschlüsse, allenfalls Parlamentsbeschlüsse, erfordern. Wir prüfen zurzeit, zusammen mit anderen Stellen der Bundesverwaltung, solche Möglichkeiten, um auch auf lange Sicht handlungsfähig zu bleiben.»

Kann unser Land auch im Ausland – zum Beispiel über die diplomatischen Missionen – wirksam werden, um zu verhindern, dass unechte Asylbewerber in die Schweiz reisen? Wie funktioniert überhaupt auf diesem Gebiet die internationale Zusammenarbeit?

Peter Arbenz: «Wir haben tatsächlich auf diesem Gebiet ei-



Peter Arbenz: «Wir versuchen, jedes Asylgesuch mit aller Sorgfalt zu prüfen...»

niges unternommen. So intervenierten wir beispielsweise zusammen mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten bei der türkischen und bei der italienischen Botschaft. Wir haben sie dabei ersucht, ihren Regierungen die für die Schweiz untragbare Situation zu schildern und Massnahmen zu treffen. Grundsätzlich kann man feststellen, dass das Problem der schlecht kontrollierten Einreise von Türken den italienischen Behörden bewusst ist. Italien hat gegenüber dem Ausländerproblem einfach eine andere Grundhaltung. Auch die Türkei hat Kooperationsbereitschaft signalisiert. Aber das sind wohl eher rhetorische Erklärungen, denn dieses Land hat an sich ein Interesse daran, dass die betreffenden Staatsangehörigen ausreisen können. Unsere Begehren wurden entgegengenommen, und die Türkei hat erklärt, sie wolle im Rahmen ihrer Möglichkeiten diese unkontrollierten Auswanderungen unterbinden.»

Die Schweizer Asylpolitik sieht sich derzeit vor dem Problem,

viele Gesuche abweisen zu müssen, mit Missbräuchen fertig zu werden, damit fertig zu werden, dass zu viele Gesuche gestellt werden. Sind unter diesen Umständen die Prinzipien der Schweizer Asylpolitik nicht gefährdet? Sind wir überhaupt noch in der Lage, wirklich Verfolgte von anderen zu unterscheiden?

Peter Arbenz: «Doch, wir können unsere Grundsätze durchaus anwenden. Unsere Hauptsorge ist aber, dass wir viele Neueingänge zu verzeichnen haben, bei denen wir sofort sehen, dass bei einem grossen Teil gar keine echten Asylgründe vorgebracht werden. Hier geraten wir in einen ständigen politischen Druck. Solche missbräuchlich eingereichten Gesuche wirken sich letztlich zuungunsten der eigentlichen Flüchtlinge aus. Dennoch versuchen wir, jedes Asylgesuch mit aller Sorgfalt zu prüfen.»

Gewisse Bevölkerungskreise legen gegen alles Fremde – und damit auch gegen Asylbewerber und Flüchtlinge – Skepsis, Ablehnung, ja sogar Hass an den

Tag. Diese Haltung hat sich nach meiner Beobachtung in letzter Zeit eher verstärkt. Kann man aus Ihrer Sicht etwas dagegen tun, gibt es Möglichkeiten, diese Diskussion etwas zu «entemotionalisieren»?

Peter Arbenz: «Ihre Diagnose trifft nicht auf das ganze Schweizervolk zu. Es gibt aber durchaus Strömungen, die alles Fremde ablehnen. So gibt es Leute, die fordern, wir Schweizer müssten unter uns Schweizern bleiben. Aber im Moment erlebe ich eigentlich eher das Gegenteil. Es findet eine echte Solidarisierung mit Asylbewerbern statt. Viele Schweizer versuchen, Einzelschicksale zu befragen. Sie fragen sich, was das eigentlich für Leute sind, und sie versuchen, mit Flüchtlingen in einen Kulturkontakt zu treten. Es gibt hier sehr viele positive Ansätze. Der Staat kann dies allerdings nicht beeinflussen. Das müssen wir den Hilfswerken und der Öffentlichkeit im weitesten Sinne überlassen. Wir können unsern Bürgern nicht vorschreiben, wie sie sich im täglichen Leben verhalten sollen. Wir können höchstens



In vielen Kantonen haben sich Beschäftigungsprogramme für Asylbewerber bewährt. Diese Idee soll weitergeführt werden.

durch unsere eigene offene Haltung den Asylbewerbern und den Ausländern generell gegenüber dem Volk signalisieren, dass wir nicht fremdenfeindlich, sondern an sich gastfreundlich sind. Dazu gehört aber auch, verständlich zu machen, dass wir nicht jedermann bei uns beherbergen können. Wir sind ein kleines Land, unsere Möglichkeiten sind beschränkt. Dazu kommt, dass wir schon heute einen sehr hohen Ausländerbestand haben. Auch im internationalen Vergleich gemessen, ist unser Bestand an Asylbewerbern sehr hoch. In Europa herrschen nur noch in Dänemark ähnliche Verhältnisse wie in der Schweiz.»

Erst kürzlich haben Sie festgestellt, dass es zurzeit in der Regel nicht möglich ist, abgewiesenen Tamilen die Heimreise zuzumuten. Muss nicht realistischerweise davon ausgegangen werden, dass diese Leute wohl endgültig bei uns bleiben werden?

Peter Arbenz: «Wir haben kürzlich wieder eine Lagebeurteilung über die Verhältnisse in Sri Lanka vorgenommen. Dabei haben wir festgestellt, dass sich dort die politische Gross-

wetterlage nicht wesentlich verändert hat. Es gibt nach wie vor Gebiete, in denen bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Wir haben deshalb festgelegt, dass die Rückkehr nur für jene Tamilen zumutbar ist, die in Regionen leben, welche von den Auseinandersetzungen weniger betroffen sind und die dort über ein soziales Beziehungsnetz verfügen. Wir prüfen im übrigen jeden Fall individuell: Derzeit können etwa 40 Betroffene ausreisen. Aber für eine grosse Mehrzahl der Tamilen, deren Asylgesuche abgelehnt wurden, erscheint eine Wegweisung als nicht zumutbar. Von einer Internierung (das heisst vorübergehende Aufnahme) dieser Betroffenen wollen wir einstweilen absehen. Denn bisher gab es Anlass zu hoffen, dass sich angesichts der laufenden politischen Verhandlungen eine Besserung der Lage abzeichnen werde.»

Wurde schon daran gedacht, gewissermassen zur «Abschreckung» exemplarische Ausweisungen vorzunehmen, wie das gelegentlich in Diskussionen gefordert wird?

Peter Arbenz: «Solchen Forderungen kann ich nicht folgen. Derartige Abschreckungsmass-

nahmen können wir nicht gutheissen. Wir wenden das Asylgesetz an. Wenn jemand die Bedingungen erfüllt, kann er als Flüchtling anerkannt werden. In den übrigen Fällen wird individuell abgeklärt, ob die Rückreise zumutbar ist. Abschreckungsmassnahmen im grossen Stil gegenüber normalen, legal eingereisten Asylbewerbern sollte es nicht geben. Etwas anders sieht die Situation bei den illegal einreisenden Ausländern aus, die durch kommerzielle Schlepperorganisationen in die Schweiz geschleust werden. Diese unterlaufen im Grunde genommen unsere Asylpolitik. Gegen solche offensichtlich missbräuchlichen Aktionen könnten wir durchaus Abschreckungsaktionen vorbereiten. Ob das wirklich nötig sein wird, wollen wir noch offen lassen. Zuerst möchten wir jedenfalls versuchen, mit normalen Kontrollmassnahmen diesem Problem beizukommen.»

Im April 1987 werden wir vermutlich über die Revision des Asylgesetzes und des Bundesgesetzes über Niederlassung und Aufenthalt der Ausländer abstimmen. Wie wird sich der Delegierte des Bundesrates für das Flüchtlingswesen verhalten?

Erhofft er sich von der Abstimmung auch positive Impulse für die asylpolitische Diskussion?

Peter Arbenz: «Lieber hätte ich es gehabt, wenn das Referendum nicht zustande gekommen wäre. Dieser Abstimmungskampf wird uns während Wochen Kräfte binden. Diese Zeit könnten wir für andere Aufgaben nützen. Wir hätten uns lieber den Flüchtlingen als den politischen Diskussionen um die Flüchtlingspolitik gewidmet. Aber diese Abstimmung wird nun stattfinden und muss vorbereitet werden. Ich bin überzeugt, dass die zweite Asylgesetzrevision richtig und nötig ist. Wir hoffen, dass sich auch die Bevölkerung und die politischen Parteien dafür engagieren werden, denn die Vorlage hat viel Positives. So ermöglichen die geplanten Gesetzesrevisionen beispielsweise dem Bund, abgewiesenen Flüchtlingen zu helfen, ihren Weg in ihre Heimat zurückzufinden und sich dort wieder zu integrieren. Wir schlagen nicht einfach die Türen zu, sondern wollen Rückkehrhilfen leisten. Ausserdem wollen wir in Herkunftsländern von Asylbewerbern mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit die Probleme an der Wurzel zu bewältigen versuchen.»

Flüchtlinge – woher sie kommen, wohin sie gehen

Die Politik schiebt Millionen von Menschen hin und her

Von Alois Hartmann, Informationsdienst Caritas Schweiz

Die Flüchtlingsfrage gehört zu den grossen internationalen Problemen. Das wird nicht immer so gesehen; es hängt u. a. davon ab, ob gerade eine neue «Flüchtlingswelle» zu verzeichnen ist, ob es auch das eigene Land betrifft usw. Die Flüchtlingsfrage ist vor allem auch eine politische Frage. Daher ist es nicht verwunderlich, dass internationale Regelungen immer wieder hinausgeschoben werden, dass auf europäischer Ebene kaum eine Harmonisierung des Asylrechtes möglich ist. Politisch ist die Frage auch deshalb, weil sie in der Innenpolitik jedes Landes ausserordentliche Emotionen weckt und daher gerade im Hinblick auf Wahlen zu einer besonders brisanten Angelegenheit wird.

Immerhin: Als diese Zeilen niedergeschrieben wurden – es war Ende November –, stand die Generalversammlung der Vereinten Nationen vor der Beschlussfassung zu einer Initiative der Bundesrepublik Deutschland zur Verhinderung neuer, massiver Flüchtlingsströme. Diese Initiative wurde bereits 1980 ergriffen. Ihre Annahme hat zur Folge, dass dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Befugnis übertra-

gen wird, früher als bisher «umfassend» und eigenständig tätig zu werden, um Flüchtlingsströme zu verhindern.

Bisher beruhte die Flüchtlingshilfe der UNO auf einer strikten Trennung politischer und humanitärer Aspekte und auf humanitärer «Nachsorge». Denn nach der Satzung der Vereinten Nationen darf der Generalsekretär grundsätzlich erst dann von sich aus tätig werden, wenn eine «Gefähr-

dung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit» droht. Durch den neuen Beschluss der UN-Generalversammlung soll diese hohe Schwelle herabgesetzt werden. Der Weltorganisation soll damit ermöglicht werden, nicht erst die Folgen von Konflikten auszukurieren, sondern schon die Ursachen, welche Flüchtlingsströme auslösen, frühzeitig anzugehen.

Diese Entschliessung der UNO

Rettung für Menschen in Not: Das deutsch-französische Rettungsschiff «Cap Anamur II» rettete in Südostasien «Boat People».



Asylbewerber im Einsatz in der Schweiz. So lernen sie auch die Arbeitswelt kennen.



ist bemerkenswert, auch wenn davon keine Wunder erwartet werden dürfen. Denn sie deutet darauf hin, dass das Flüchtlingsproblem zentraler gesehen wird als bisher. In der Entschliessung werden ausdrücklich alle Staaten dazu aufgerufen, in ihrem Lande keine Bevölkerungsgruppen politisch, wirtschaftlich, kulturell oder sozial zu diskriminieren und sie so zur Flucht zu treiben.

In einem Bericht, der dieser Beschlussfassung voranging, wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Flüchtlingsströme zur Destabilisierung ganzer Regionen führten und daher ein Anliegen für die internationale Staatengemeinschaft sein müssten. Daher seien mögliche Fluchtsituationen rechtzeitig zu erkennen, und es sei auf sie rechtzeitig aufmerksam zu machen.

Über 12 Millionen Flüchtlinge

In dem genannten Bericht wird auch erwähnt, dass heute mit mehr als 12 Millionen politisch, religiös oder rassistisch verfolgten Flüchtlingen zu rechnen sei. Die Zahl stützt sich auf die offiziellen Angaben des Flüchtlings-Hochkommissariates in Genf. Wenn gelegentlich eine höhere Zahl genannt wird, so ist dies darauf zurückzuführen, dass das Hochkommissariat

offensichtlich einen recht strengen Massstab an den Begriff «Flüchtling» legt; vor allem aber, dass darin die sogenannte «Vertriebenen», jene Menschen also, die sich im eigenen Lande auf der Flucht befinden, nicht inbegriffen sind.

Schätzungen haben ergeben, dass allein in diesem Jahrhundert rund 250 Millionen Menschen auf der Flucht gewesen sind. Nicht umsonst nennt man das zwanzigste Jahrhundert das «Jahrhundert der Flüchtlinge» und die achtziger Jahre das «Jahrzehnt der Flüchtlinge».

Für die heutige Situation von besonderer Bedeutung ist es, dass rund 90 Prozent der Flüchtlinge aus Entwicklungsländern stammen und dass wiederum rund 90 Prozent in den Ländern und Regionen der Dritten Welt verbleiben.

Die Zahl der Flüchtlinge, die in die Schweiz gelangen, variiert von Monat zu Monat. Sie hat im Jahre 1985 besonders hohe Werte angenommen, sank dann jedoch in den ersten Monaten des Jahres 1986 ganz erheblich ab, um in der zweiten Hälfte des Jahres erneut anzusteigen und im Oktober die Zahl von rund 1200 Gesuchen zu erreichen.

Auch bezüglich der Herkunft der Asylbewerber zeigen sich von Trimester zu Trimester starke Unterschiede. In letzter

Zeit sind vor allem die Türken zahlreicher; es suchen aber auch viele Iraner und Pakistanner um Asyl in der Schweiz nach, während die Zahl neu einreisender Tamilen stark zurückgegangen ist. (Vgl. dazu Interview mit dem Flüchtlingsdelegierten Peter Arbenz in dieser Ausgabe.)

Menschliche Tragödien

Wer nach den Gründen der Fluchtbewegungen sucht, ist nicht verlegen. Zunächst ist, wie oben erwähnt, darauf hinzuweisen, dass Flüchtlinge kein nationales, sondern ein weltweites, internationales Problem darstellen. «Dieses wurzelt», wie die Schrift der Caritas Schweiz «Auf den Fremden zugehen» festhält, «in der Zerrissenheit der Völker, in der Verfolgung einzelner Ethnien und religiöser Gruppen, in der politischen Unterdrückung und im Terror, aber ebenso in der ökonomischen Ausweglosigkeit, in der sich viele Völker und Regionen befinden, sowie im wirtschaftlichen Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd, an dem auch die Schweiz ursächlich beteiligt ist.» Diese Not, so wird in der erwähnten Schrift festgestellt, führe vor allem in den Grossstädten zur Brutalisierung; die Menschen gelangten mehr und mehr ins Räderwerk der Gewalt.

Diese Beurteilung der Situation wird heute allgemein anerkannt. Wer daher die wirtschaftliche und politische Lage in vielen Ländern der Welt kennt, kann nicht verwundert sein, dass immer wieder neue Flüchtlingswellen entstehen. Grundsätzlich werden vor allem drei Gruppen von Ursachen unterschieden:

● **Natürliche Ursachen:** Dazu gehören Epidemien, Erdbeben, Überschwemmungen, zum Teil auch anhaltende Dürre usw. Es ist aber offenkundig, dass viele Menschen um so anfälliger für die Auswirkungen von Naturkatastrophen sind, je schlechter sie innerhalb ihrer Gesellschaft, ihres Volkes verankert sind und je weniger für sie getan wird.

● **Von Menschen stammende Ursachen:** Dabei handelt es sich um politische Unterdrückung, Bürgerkrieg, Terror, Guerilla-Tätigkeit usw. Sie verunmöglichen es den Menschen, in Freiheit und Frieden im eigenen Lande zu leben und veranlassen daher viele von ihnen, aus dem Lande zu fliehen.

In diese Gruppe der Ursachen gehören oft auch Naturkatastrophen, weil nicht rechtzeitig dafür gesorgt wurde, zum Wald Sorge zu tragen und den Boden vor Zerstörung zu schützen. Die Hungerkatastrophen der vergangenen Jahre haben dazu illustrative Bilder geliefert. Wir

denken etwa an die Hunger-Flüchtlinge in Afrika.

● **Die sozio-ökonomischen Ursachen:** Solche Ursachen werden in der westlichen Welt sehr gerne bagatellisiert, doch sind sie gerade in der Dritten Welt sehr oft für den Entschluss zur Flucht mitentscheidend. Denn die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung hängt meist ab von den Machtverhältnissen.

Und Macht äussert sich u.a. im Besitz von Land, Geld, Gütern und Arbeitskräften.

Gerade diese letztere Gruppe von Ursachen zeigt auch, wie fliessend die Abgrenzung werden kann. Die hier wiedergegebene Aufteilung in drei Ursachen-Gruppen ist oft bloss Theorie. Weil die Ursachen für die einzelnen Flüchtlingsströme sehr verschieden und verwickelt sind, gibt es meist keine einfachen Antworten. Und weil in vielen Fällen zwischen wirtschaftlichen und politischen Motiven bzw. Ursachen nicht unterschieden werden kann, ist es auch gefährlich, zwischen sogenannten «echten» und sogenannten «unechten» Flüchtlingen zu unterscheiden. Mit solchen Unterscheidungen wird in vielen Fällen eine menschliche Tragödie vorprogrammiert.

Hin- und hergeschoben

Wie schwierig die Situation an vielen Orten ist, zeigen nicht



In einer Asylantenunterkunft: Mithilla in der Küche.

nur die Verhältnisse und Entwicklungen in den Ländern Afrikas oder Asiens, sondern auch an ganz andern Orten, z.B. an der Grenze zwischen Mexiko und den USA. Hier, an der 1933 Meilen langen Südgrenze der Vereinigten Staaten, spielt sich, wie die Medien immer wieder berichten, täglich ein neues Drama ab. Die Menschen aus dem Süden suchen im Norden Zuflucht vor Armut, Arbeitslosigkeit, Unterernährung, aber auch vor Unter-

drückung, Verfolgung und Krieg. Der Korrespondent der angesehenen «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» berichtete vor kurzem (18. September 1986) wie folgt über die Situation:

«Unterentwicklung, Diktatur und Guerilla haben in der westlichen Hemisphäre eine Völkerwanderung stimuliert. Sie dreht sich in kleinen und immer ausgreifenderen Kreisen. Unter anderem bestimmen die Entscheidungen der Präsidenten Reagan

und Ortega die Marschrichtung mit. Die Vereinigten Staaten stehen unter dem Druck Mexikos. Mexiko steht unter Druck von seiten anderer zentralamerikanischer Staaten. – Eine Konferenz von Fachleuten im kalifornischen La Jolla versuchte dieser Tage, die Wanderungsbewegungen nachzuzeichnen: Nicaraguaner nach Costa Rica, Bolivianer nach Argentinien, Kolumbianer nach Venezuela, Haitianer in die Dominikanische Republik. Das gastfreie, aber



Flucht vor Verfolgung und Unterdrückung: Flüchtlingslager in Thailand.

wirtschaftlich erschöpfte Mexiko gilt als langjährige Durchgangsstation für Guatemalteken, Salvadorianer, Honduraner und andere. Sie alle zusammengenommen drängen schliesslich nach Norden zu den «Gringos» oder träumen wenigstens insgeheim davon. Das schliesst die Kubaner ein. Seit die Regierung Reagan einen Einwanderungsstopp verfügte, müssen die Kubaner, die Castro ziehen lässt, Umwege durch die Karibik und Mittelamerika machen.»

In einer solchen Situation und bei den bekannten Verhältnissen in einzelnen der erwähnten Länder fällt es schwer, zwischen wirtschaftlichen und politischen Motiven zu unter-

scheiden. Das gilt ebenso für Bewegungen in und nach Europa. Wir denken an die vielen Türken und Iraner.

Die Regierungen in den europäischen Staaten ziehen in dieser Situation einen sehr engen Rahmen. Das gilt nicht zuletzt für unser eigenes Land. Es ist heute ausserordentlich schwer geworden, überhaupt noch Asylrecht zu erhalten. Eine Hilfswerk-Vertreterin, die seit Jahren bei Befragungen der Asylbewerber durch Beamte des Bundes dabei ist, sagte kürzlich: «Ich weiss wirklich nicht mehr, was es denn noch braucht, um als Flüchtling anerkannt zu werden.»

In der Tat wird in den meisten

der zu bearbeitenden Fällen negativ entschieden. Zum Beispiel wurden in den ersten zehn Monaten des Jahres 1986 bloss 33 Asylgesuche von Chilenen gutgeheissen, 223 dagegen abgelehnt. Das geltende Recht wird zurzeit ausserordentlich eng interpretiert und angewandt.

Literaturhinweise:

Heinz Daepf/Rudolf Karlen: Asylpolitik gegen Flüchtlinge. Lenos Verlag, Basel 1984

Rudolf Karlen (Hg.): Fluchtpunkte. Menschen im Exil. Lenos Verlag, Basel 1986.

Auf der Seite der Flüchtlinge. Memorandum der drei Landeskirchen zu Asyl- und Flüchtlingsfragen. Bern/Freiburg 1985.

Flüchtlingshilfe durch Entwicklungshilfe? Fragen zur aktuellen Flüchtlings- und Asylpolitik. Caritas Schweiz, Luzern 1984.

Auf den Fremden zugehen. Asylbewerber und Asylpolitik: Überlegungen – Postulate – Schritte. Caritas Schweiz, Luzern 1986.

Kathrin Oester/Barbara Gysi: Aspekte der schweizerischen Asylpolitik 1945–1985. Caritas Schweiz, Luzern 1985.

Kathrin Oester/Barbara Gysi: Flüchtlinge in der Schweiz. Aspekte der Integration 1945–1985. Caritas Schweiz, Luzern 1985.

Ein kambodschanischer Flüchtling erzählt aus seinem Leben

Ein Weg in die Freiheit

Von ***, kambodschanischer Flüchtling, heute wohnhaft in der Schweiz

Der folgende erschütternde Bericht ist eine Art Lebenslauf eines kambodschanischen Flüchtlings. Verfasst hat ihn ein Student, der heute in der Schweiz seiner weiteren Ausbildung nachgeht und sich in unserm Land gut eingelebt hat. Der Text illustriert, mit welchen Gefühlen Flüchtlinge ihre Heimat verlassen und mit welchen Hoffnungen sie in einem andern Land neu beginnen müssen.

Ich wurde 1963 geboren, und zwar in Battambang, einer der bekanntesten Provinzen Kambodschas. Die Familie gehörte dem Mittelstand an. Der Vater war von Beruf Goldschmied und die Mutter Hausfrau. Wir waren sechs Kinder, vier ältere

Schwestern und ein jüngerer Bruder, also war ich der Zweitjüngste der Familie. Als ich vier und mein Bruder erst zwei Jahre alt war, starb unsere Mutter wegen einer schweren Krankheit. Während meine Schwestern in die Schule gingen, blie-

ben ich und mein Bruder bei den Grosseltern, die in der Nähe unseres Hauses wohnten, denn mein Vater arbeitete weit entfernt von unserer Region und konnte uns nur ein- oder zweimal im Jahr besuchen. Als ich alt genug war, schickte

mich mein Grossvater direkt in die Primarschule. Trotz der Unruhen im Lande und der sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen Politik habe ich mit elf Jahren die sechsjährige Primarschule abgeschlossen und absolvierte die Prüfung fürs Gymnasium. Kurz nachdem ich die Prüfung erfolgreich bestanden hatte, entfachte sich der Bürgerkrieg immer stärker und schlimmer. Jede Nacht fielen unzählige Bomben in die Stadt Battambang. Tausende von Menschen wurden getötet, und viele Gebäude waren vollständig zerstört. Während des Tages explodierten in Kinos Bomben, und die Angst der Menschen stieg täglich.

Ende 1974 war ich in der zweiten Klasse des Gymnasiums und wollte weiterlernen, um Arzt zu studieren. Aber der Krieg wurde immer schrecklicher, die «Roten Khmer» bombardierten jeden Tag und jede Nacht immer mehr und mehr die ganze Stadt, schliesslich wurden alle Schulen in Battambang geschlossen.

Am 17. April 1975 mussten die Soldaten kapitulieren. Gleichzeitig klopfte die Rote Armee an die Türen aller Häuser und befahl den Einwohnern, die Häuser innert 24 Stunden zu verlassen. Ausser Reis und Salz durften keine Sachen mitgenommen werden. Wir sollten eine neue Existenz auf den Reisfeldern aufbauen. Durch die Medien wurden die ehemaligen Offiziere, Soldaten und Funktionäre von der roten Regierung einberufen. Man sagte ihnen, sie sollten den Prinzen



Viele Flüchtlinge erfahren eine eher kühle Aufnahme in der Schweiz – nicht nur aus meteorologischen Gründen wie hier vietnamesische Kinder 1979.

Norodom Sihanouk empfangen. Alle Soldaten, die diese Lüge glaubten, wurden auf furchtbare und grausame Weise von der Roten Armee getötet. Ein Bruchteil dieser Funktionäre und Offiziere, die die kommunistische Propagandalüge schon früher erlebt hatten, flüchtete in dieser Zeit, während der Nacht, durch die tropischen Wälder nach Thailand. Nur noch eine kleine Minderheit von Soldaten leistete Widerstand, und es gab in der Stadt Battambang eine grosse Schlacht. Ich war damals auf

mich sahen, fragten sie mich: «Wo sind deine Schwestern?» Jetzt verstand ich und konnte nichts mehr sprechen... Wir erreichten ein Dorf, weit weg von Battambang, wo sich viele Leute niederliessen. Auch wir entschlossen uns, uns dort anzusiedeln. Das Geld wurde inzwischen abgeschafft, Schulen wurden verboten und geschlossen; wer kostbare Sachen besass, musste diese abgeben, sonst tötete man ihn. Kinder, Frauen und Männer wurden angewiesen, sehr hart auf dem Reisfeld zu arbeiten, obwohl

tal, das unter der Leitung des Roten Kreuzes stand, zu erkundigen. Schliesslich wurde ich von einem amerikanischen Arzt in seiner Equipe aufgenommen. Wir pflegten kambodschanische Patienten im Flüchtlingslager Khao I Dang. Während der acht Monate, in denen ich mit den kambodschanischen Patienten arbeitete, stellte ich fest, wie stark die seelischen und physischen Belastungen der kranken Menschen waren. Später wurde ich ins Flüchtlingslager Chhun Buri gebracht. Dort durfte ich



«Boat People» – Bilder, die die Welt erschütterten. In oft abenteuerlichen Fahrten übers Meer gelangten viele in die Freiheit. Wie viele dabei umkamen, weiss niemand.

Besuch bei meiner Tante, ungefähr 30 Kilometer von der Stadt entfernt. Ein paar Kinder spielten, und als wir sahen, dass plötzlich viele Leute flüchteten, beeilte ich mich, zu meiner Familie in Battambang zu gehen, um mit ihnen zu flüchten.

Als ich dort ankam, war es zu spät, meine Familie war schon verschwunden, die Stadt war leer, und ich sah nur ein paar schwarz gekleidete Soldaten der Roten Khmer, die vor unserem Haus standen. Hoffnungslos kehrte ich zu meiner Tante zurück. Ein Exodus begann, sie mussten marschieren, begleitet von den Roten Khmer. Millionen von Kambodschanern waren auf dem Weg zum Reisfeld. Ich schaute immer nach meiner Familie, ob sie dabei war. Plötzlich sah ich meine Grosseltern, und ich rannte ihnen entgegen, mit der Absicht, sie nach meinen Schwestern zu fragen. Als sie

jedem nur eine geringe Ration von einem Löffel Reis pro Tag zugeteilt wurde. Während der vierjährigen Terrorherrschaft unter der roten Regierung starben fast drei Viertel der kambodschanischen Bevölkerung. Die meisten wurden niedergemetzelt, andere starben an Unterernährung oder mangels medizinischer Betreuung im Krankheitsfall.

Im Dezember 1979 eroberten die vietnamesischen Soldaten Kambodscha. Ich nahm diese Gelegenheit wahr, um nach Thailand zu flüchten. An der Grenze gab es kaum zu essen. Ich habe dort ungeduldig gewartet, bis die Organisation «Rotes Kreuz» kam, um die Flüchtlinge zu retten.

Ich wurde mit einem Autocar nach Thailand gefahren und dort in einem Flüchtlingslager untergebracht. Nun wollte ich meine Träume verwirklichen. Ich hatte mich entschieden, mich nach einer Arbeit im Spi-

mich endlich vorbereiten auf die Einreise in die Schweiz. Während dieses dreimonatigen Aufenthaltes durfte ich einem amerikanischen Zahnarzt helfen. Endlich verliess ich Thailand, unzählige Erinnerungen mittragend, in Richtung Schweiz.

Im Mai 1981, als ich in diesem friedlichen Land ankam, war ich überzeugt, dass ich mein Ziel erreichen werde. Obwohl ich Deutsch noch nicht verstehen konnte, habe ich mir sehr viel Mühe gegeben, um so schnell wie möglich Deutsch lernen zu können. Nach einem Jahr Sprachschule habe ich mich entschlossen, die zweite Sekundarklasse zu besuchen. Gegenwärtig absolviere ich die dritte Sekundarklasse. Mein Wunsch ist, Krankenpfleger zu lernen.

Vielleicht werde ich einmal die armen Leute der Dritten Welt mit meinem Beruf unterstützen können.

Erinnerungen an die Heimat

Eine Reise nach Ungarn

Von ***, ehemaliger Ungarn-Flüchtling, wohnhaft in der Schweiz

Letzten Herbst war ich in Ungarn, nach langer Zeit wieder einmal. Es war die Jahreszeit, als der glütige Sommer sanft in den milden Herbst gleitet. Der Sommer ist für mich in Ungarn gelb, gelb ist das reife, samen-trächtige Korn, das sich vor der Ernte mächtig im Wind wiegt, und braun ist der Herbst, braun der Acker, der frisch gepflügt, fettig schimmert. In vielen Sprachen gibt es für den Herbst besondere Wörter: Altweibersommer, Indian Summer, ungarisch sagt man: Ochsenpeichel schwebt in der Luft. Dies ist die Bezeichnung der Spinnweben, die auf den endlosen Feldern, die im Herbst noch ihre Frucht tragen, schimmern. Die Felder waren eh und je endlos, früher gehörten sie Grundbesitzern oder Bauern, jetzt sind sie Bestandteile der Kolchosen oder der staatlichen Güter. Von den Ochsen ist nur die Erinnerung geblieben, die ungarische Rin-

dersorte wird nicht mehr gezüchtet, die weissen Tiere, mit riesigen Hörnern und weisen, melancholischen Augen, sind nur im oben erwähnten Sprachgebrauch erhalten geblieben.

Materielles als Ersatz...

Letztes Jahr waren es nur 29 Jahre, heuer sind es 30 Jahre seit dem ungarischen Aufstand. Die runden Zahlen haben eine magische Ausstrahlung, man ruft die Ereignisse wieder in Erinnerung, man versucht, sie wieder lebendig zu machen. Es werden Reden gehalten, Lieder gesungen. Trotz ehrlicher Bemühungen bleibt es aber nur noch das, was es ist: Geschichte. Für die, die es erlebt, gemacht haben, ist es lebendig, aber für die seither herangewachsene Generation ist es in Ungarn Verbot, das wenigstens Interesse weckt. Interesse vielleicht, aber sicher keine Wie-

derholungs- oder Nachahmungslust. Sogar gelungene Revolutionen enden in der Stabilität. Sie wiederholen sich nicht so rasch. Im heutigen Ungarn gibt es zwar keinen Bürgerkönig, aber seine Parole gilt: *enrichissez vous*. Die Ungarn versuchen es, jeder auf seine Art und gemeinsam auf die für die Ungarn bezeichnende Weise. Ich möchte es ihnen zugute halten: es ist nicht nur das Materielle, was zieht. Das Materielle als solches steht stellvertretend auch für Immaterielles, es ist Ersatz, für vieles, was sie nicht haben, vor allem, für die Freiheit.

Es ist eine Rechtfertigung sich selber und der Welt gegenüber: wir können doch noch etwas. Es ist die Ableitung eines Tatendranges, der sich geistig nicht, nur handgreiflich äussern kann. Und es ist das typisch allgemein Ungarische: nicht der Fleiss *l'art pour l'art*, sondern der ewig ungezähmte

Ankunft in einem fremden Land: Was Ungarn vor 30 Jahren erlebten, erleben heute Menschen aus anderen Ländern.



Wunsch nach gutem Leben, für das es sich lohnt, Fleiss aufzubringen. Heutzutage wird viel über das ungarische «Wirtschaftswunder» gesprochen. Hüben und drüben. Meines Erachtens wird es zu sehr hochgespielt. In Ungarn aus Stolz, im Westen als Kuriosität und als Beruhigung des (schlechten?) Gewissens. Von den so viel besprochenen Millionen habe ich in Ungarn keinen einzigen getroffen. Meine Verwandten und Freunde haben weder Villen noch Wochenendhäuser, sondern wohnen z.B. mit zwei Kindern in einer Einzimmerwohnung. Sie sind für die von mir abgelegten Kleider äusserst dankbar, und eine Einladung in ein für uns normales, für sie unerschwingliches «Nobelrestaurant» geniessen sie als einen unerhörten Luxus. Ich kann in Ungarn nicht glücklich sein und kehre deprimiert zurück. Dieses Land hat sich in letzter Zeit trotz zähem Lebenswillen nicht in allem zu seinem Vorteil entwickelt. Unmerklich haben sich Eigenschaften eingeschlichen, die es früher so ausgeprägt nicht gab: die Umgangssprache ist derb und oft obszön, das «Schmierer» ist allgemein geworden, und ohne Trinkgeld kommt man nicht weiter, daran wird man immer und überall erinnert. Die sprichwörtliche Gastfreundschaft der Ungarn hat sich grotesk und eindeutig in einer schmerzhaft lächerlichen Weise auf die Devisenbringenden beschränkt. Für den devisenbeladenen Touristen ist es peinlich, und falls Englisch in Ungarn nicht verpönt wäre, würde ich mich an einem Schild: «Dogs and Hungarians not allowed» nicht wundern. Das, was wohlthuend und genüsslich geblieben ist, ist der ungarische Humor. Er ist so, wie man ihn beschreibt: Humor ist, wenn man *trotzdem* lacht. Man hört ihn überall, man schmunzelt auf der Strasse, in Cafés. Kann man anders als lachen, wenn ein Taxichauffeur feststellt: «Sie leben nicht in Ungarn.» Und auf meine Frage, woher er das wisse, antwortet er mir: «Sie reden so schön, wie hier niemand.»

Entfaltung in der Kunst

Augenfällig ist – trotz «fortschrittlichem Sozialismus» oder eben deswegen – das Altmodi-



In früheren Jahren zeigte sich die Flüchtlingsproblematik anders als heute, wo viele Menschen anderer Hautfarbe und mit uns fremden Kulturen zu uns stossen (Bild).

sche in Ungarn. Trotz der Gier, mit der sie westliches geistiges Produkt verschlingen, sind sie, hauptsächlich was modernes Wirtschaftsdenken anbelangt, zurückgeblieben. Das vorhandene geistige Potential kann sich mangels Information, Know-hows und moderner Produkte nicht entfalten. Den Ökonomen fehlen die neuesten Erkenntnisse der Wirtschaft, hervorragende Ärzte arbeiten mit vorsintflutlicher Ausrüstung, und für einen Mathematiker ist ein Personal Computer ein Wunschtraum. Das Einzige, wo sie sich entfalten, wo sie nach wie vor gross sind, ist die Kunst, hauptsächlich was Theater und Musik betrifft. Das Altmodische, die Zurückgebliebenheit äussert sich aber auch in den Kleinigkeiten des Alltags. Das Traditionelle – ein Paradoxon – wiegt vor. Auf dem ungarischen Menüplan im Restaurant oder im Privathaushalt haben neue Gemüsesorten, Salate oder im Westen allseits bekannte Speisen keinen Einzug gehalten. Es ist geblieben wie zu Grossmutterzeiten, und ein Kellner war höchst erstaunt, als ich von ihm chambrierten Rotwein verlangte. Abgesehen von den in Ungarn Farmer genannten Jeans – die als westlicher Triumphzug das Feld erobert haben – ist die Bekleidungsart für uns unverstänlich konventionell. An einem festlichen Geburtstagsnachtsessen ist eine in Südafrika lebende Kusine als einzige dem Anlass entsprechend gekleidet erschienen und wurde von der ungarischen Verwandtschaft nachher prompt als «äusserst kokett» befunden. Über 50

trägt eine Dame keine Pastellfarben mehr – die so erscheint, kann nur eine spleenige Amerikanerin sein.

Eine Botschaft

Letztes Jahr habe ich von Ungarn eine Botschaft mitgebracht. Eine ganz unwahrscheinlich klingende, mir sehr am Herzen liegende Mahnung. Ich möchte sie beschreiben, weitergeben, denn ich bin dazu aufgefordert worden. Ich fuhr, von einem Familienbesuch kommend, aus einer Stadt in Südungarn nach Budapest. Im Erstklasscoupé des «teuren» Expresszuges sass ausser mir nur ein älterer Herr. Die wehmütige Abschiedsszene erweckte sein Interesse an mir. Sein Interesse steigerte mein Angstgefühl, denn er sah aus wie die mir nie vergessenen Parteifunktionäre. Fast uniformmässiger, dunkelblauer Anzug, eher primitives Gesicht, derbe Hände. Er wollte alles wissen, wo ich denn wohne, wenn nicht in der besagten Stadt, noch in Budapest. Meine Angst steigerte sich in Panik, und ich staunte darüber, dass man Angst nicht vergessen kann. Sie schlummert 29 Jahre und bricht vor einem vermeintlichen Parteifunktionär, die mir das Leben dazumal unerträglich machten, irrational hervor. Der Zug sauste in der dunklen Landschaft. Er erreichte das Gebiet, wo ich früher, als Kind, wohnte. Ich weiss die Stelle genau, wo es anfängt und wo es aufhört. Zehn Minuten Zugfahrt, von einer Bahnunterführung bis zu einem kleinen Wald

aus Akazienbäumen. Zehn Minuten Heimat, das Licht der Bahnstation des Dorfes mit dem Namen meiner Wurzeln. Der Zug rattert auf meinem Herzen, es liegt dort, irgendwo auf den Schienen, neben den Schienen, wo ich jeden Flecken kenne. Ich kehre mit den Spuren der Tränen vom Korridor ins Abteil zurück und ergebe mich dem vermeintlichen Feind. Schlimmer kann es nicht werden als der Schmerz, den ich soeben erlebte. Ich beantwortete ihm endlich seine Frage: ich stamme aus dem Dorf, das wir soeben durchfahren haben und lebe in der Schweiz. Magisches Wort für ihn. Er beneide mich, nicht nur wegen des Wohlstandes, sondern auch wegen der Demokratie, wegen der Freiheit. Wenn er in der Schweiz leben würde, ginge er nach Genf, wo sich bald die zwei Grossen treffen werden. Er würde den Westen warnen, er solle mit dem Osten hart reden. Denn sie verstünden nur die Härte, und nur mit Härte kann der Westen überleben. Für sie, die Ungarn, gebe es keine Möglichkeit mehr zu reden. Aber die, denen die Sprache erhalten geblieben ist, sollen davon Gebrauch machen. In Budapest begleitete mich mein neugewonnener Freund zum Taxi, küsste meine Hand und sagte mir: «Geben sie meine Botschaft weiter und vergessen sie uns nicht.» Die Botschaft habe ich weitergegeben, und vergessen werde ich es nie.

Diesen Text verfasste eine in der Schweiz lebende Person, die Ungarn nach dem niedergeschlagenen Aufstand verlassen hat. Sie möchte lieber anonym bleiben.

Millionen von Menschen müssen



**Auf der Flucht vor dem
Hunger: Sudan 1986.**

**Alles verloren: Haus, Hab
und Gut und oft auch die
halbe Familie. Flüchtlinge
in Thailand.**



**Hunger trieb viele Flücht-
linge in solche Lager in
Äthiopien.**



ihre Heimatländer verlassen

Fotos: Karl Gähwiler,
Caritas, Keystone



Kambodschanische Flüchtlinge erhalten Nahrungsmittel. Die Aufnahme entstand 1980 an der kambodschanisch-thailändischen Grenze.

Flüchtlinge auf der Suche nach Nahrung leben in diesem Lager in Äthiopien.



Flüchtlinge bitten auch in



**Auf der langen Bank?
Asylbewerber müssen
monatelang auf den Ent-
scheid über ihre Gesuche
warten.**

**Erster Kontakt mit einer
neuen Heimat: Flüchtlinge
aus Vietnam, die 1979 in
die Schweiz gekommen
sind.**



der Schweiz um Aufnahme

Fotos: Keystone

Zaghafter erster Kontakt
mit Europa auf dem Flug-
hafen.

Iraner auf der Suche nach
einer neuen Zukunft.
Die Schweiz war nur eine
Zwischenstation.



Asylbewerber helfen in der
Schweiz Unwetterschäden
beseitigen.

Letztlich geht es um die Erhaltung der Handlungsfähigkeit

Motive und Ziele der neuen Asylgesetzrevision

Von Roland Meier, Bundeshausredaktor

Nachdem das Referendum gegen die jüngste Revision des Asylgesetzes zustande gekommen ist, steht fest, dass die Stimmberechtigten der Schweiz zum erstenmal an der Urne zum Thema Flüchtlingspolitik Stellung nehmen können. Die Vorlage bildet die Antwort von Bundesrat und Parlament auf die vor allem 1985 stark gewachsene Flüchtlingswelle, von der auch unser Land nicht unberührt blieb. In ihrer Hauptstossrichtung zielt die Revision darauf ab, die Attraktivität der Schweiz für unechte Flüchtlinge zu verringern und – angesichts eines bedrohlichen Bergs unerledigter Asylgesuche – die Handlungsfähigkeit auf diesem Gebiet zu erhalten.

«Wer heute Asylpolitik betreibt oder neu zu formulieren versucht, wird fast ausschliesslich mit zwei Reaktionen zu rechnen haben. Die einen erheben den Vorwurf der Unmenschlichkeit, die andern verlangen, dass endlich mit der nötigen Härte durchgegriffen werde.» Mit diesen Worten nahm Bundesrätin Elisabeth Kopp im Herbst 1985 im Nationalrat zum Asylproblem Stellung. Sie deutete damit an, dass sich Regierung und Parlament mit der jüngsten Revision des Asylgesetzes auf eine heikle Gratwanderung begeben. Auf der einen Seite stehen das humanitäre Ideal und der politische Wille, Menschen, deren Leib und Le-

ben bedroht ist, Zuflucht zu gewähren. Umgekehrt muss sich der Rechtsstaat – nicht zuletzt auch im Interesse der echten Flüchtlinge – zur Wehr setzen, wenn das Asylrecht missbraucht wird und Leute, denen es in ihrer Heimat wirtschaftlich schlecht ergeht, in der Hoffnung in die Schweiz reisen (oder gegen Entgelt «geschleppt» werden), hier das Paradies respektive bessere Lebensbedingungen vorzufinden.

Drei Problemkreise

Zum Zeitpunkt, da die jetzt zur Diskussion stehende Asylgesetzrevision erarbeitet wurde, war der Bund vor allem mit

drei Problemkreisen konfrontiert. Sie haben sich bis heute höchstens in Nuancen geändert.

Das eine Problem besteht darin, dass der grösste Teil der Asylgesuchsteller auf wenige Kantone konzentriert ist und innerhalb dieser Kantone wiederum nur auf einzelne Gemeinden. Anstrengungen zur besseren Verteilung auf freiwilliger Basis sind wiederholt unternommen worden, doch kam die interkantonale Solidarität nur selten zum Tragen. Der Bund, der für die Führung der Asylpolitik verantwortlich ist, hat aber dafür zu sorgen, dass die am meisten betroffenen Kantone entlastet werden.

Entscheidend für die Revision war auch, dass der Zustrom von Asylbewerbern unvermindert anhielt. Die Lage hat sich zwar später leicht beruhigt, doch haben die Zahlen gerade in jüngster Zeit wieder angezogen. Bei weltweit gegen 20 Millionen Flüchtlingen kann auch niemand garantieren, dass die Asylbewerberzahlen in der Schweiz nicht plötzlich wieder massiv ansteigen werden. Mit dem starken Zustrom hat sich auch der Pendenzenberg beim Bundesamt für Polizeiwesen (BAP) erhöht.

Drittens bestehen Vollzugschwierigkeiten bei der Wegweisung. Diese ist grundsätzlich Sache der kantonalen Fremdenpolizeibehörden.

Häufig widersetzen sich abgewiesene Asylbewerber der Pflicht zur Ausreise, indem sie einfach untertauchen. Für die Glaubwürdigkeit der Asylpolitik ist es aber unerlässlich, dass Wegweisungen, die nach einer Asylverweigerung verfügt werden, auch konsequent vollzogen werden.

Druck der Strasse?

Hat es mit diesen drei Revisionsgründen sein Bewenden, oder spielen da nicht auch noch andere Motive mit hinein? Die Revision fand in einer Zeit statt, da sich die Nationale Aktion (NA) und ähnlich gelagerte Gruppierungen im Aufwind befanden, so dass der Verdacht



Das Parlament musste sich wiederholt mit Asylfragen befassen. Ein Ergebnis der parlamentarischen Arbeit gelangt am 5. April zur Abstimmung.

aufkam, die Regierung weiche lediglich dem Druck der Strasse. Gewiss: Das Asylproblem war damals ein brennendes innenpolitisches Thema (heute liefern andere Probleme die Schlagzeilen). Der Bund musste reagieren, tat es aber bei weitem nicht so, wie es der NA gefallen hätte. Das Asylgesetz wird zwar verschärft, aber nicht auf dem Buckel der echten Flüchtlinge. Wenn aber heute vier von fünf Asylbewerbern die Flüchtlingseigenschaften nicht erfüllen, so muss es einer Behörde gestattet sein, diese Entwicklung aufzuhalten, um überhaupt noch handlungsfähig zu bleiben. Wer im übrigen einmal mitverfolgen durfte, wie die Behandlung der Gesuche, die Anhörung der Gesuchsteller abläuft, wird schnell einmal zur Kenntnis nehmen können, dass es die Ausländer nicht mit herzlosen Bürokraten zu tun haben. Jeder Einzelfall, hinter dem sich ja immer ein menschliches Schicksal verbirgt, wird sehr sorgfältig geprüft. Mit der nachfolgend dargestellten Revision erfährt das

Zwei Vorlagen

Geredet und geschrieben wird zwar immer von der Asylgesetzrevision bzw. vom Referendum gegen diese Vorlage. In Tat und Wahrheit stehen aber zwei Gesetze zur Debatte, und in der Volksabstimmung werden auf dem Stimmzettel zwei Fragen zu diesem Thema zu beantworten sein. Einerseits geht es tatsächlich um eine Revision des 1979 geschaffenen Asylgesetzes. Sie beinhaltet Neuerungen wie die Asylgewährung in Ausnahmesituationen, die sogenannten Grenztore, die Verfahrensvereinfachungen oder die Verteilung der Asylbewerber auf die Kantone. Geändert wurde aber auch das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) aus dem Jahre 1931. Diese Revision enthält vor allem die Ausschaffungshaft sowie die verbesserten Grundlagen für die Internierung von Ausländern. **R.M.**



Blick in ein Asylantenheim bei Bern.

Asylgesetz einige unumgängliche Korrekturen, die Substanz aber, und damit auch der Flüchtlingsbegriff, werden nicht angetastet.

Verfahrensvereinfachung

«Ziel aller Massnahmen ist, die Asylverfahren innerhalb von sechs bis acht Monaten abzuschliessen, weiterhin ein sorgfältiges, rechtsstaatlich vertretbares Prüfungsverfahren durchzuführen, echten Flüchtlingen Asyl zu gewähren und Ausländer, deren Gesuch abgewiesen wurde, grundsätzlich wegzuwiesen.» So formulierte Justiz- und Polizeiminister Kopp die allgemeinen Zielsetzungen in der Asylpolitik.

Was nun die Gesetzesrevision anbelangt, so bildet eine generelle Vereinfachung des Verfahrens einen der Schwerpunkte. Gegenwärtig werden zur Prüfung eines Asylgesuchs im Normalfall zwei getrennte Befragungen durchgeführt, zuerst im Kanton und dann beim Bundesamt für Polizeiwesen. In Zukunft soll das BAP die Möglichkeit haben, auf eine eigene Befragung zu verzichten und, gestützt auf die kantonale Einnahme, einen Entscheid zu fällen. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Befragung durch das Bundesamt in vielen Fällen keine neue Beurteilungskriterien bringt, sondern die im kantonalen Protokoll enthaltenen Aspekte nur vertieft und verstärkt. Neu ist auch der Beizug eines Vertreters der Hilfswerke, dessen Erfahrungen bei der Erörterung des asylrechtlich relevan-

ten Sachverhalts von Nutzen sein können.

Diese Vereinfachungen sind fälschlicherweise als «Kantonalisierung» des Asylverfahrens bezeichnet worden. Entschieden wird aber nach wie vor in Bern, und die zweite Befragung – vor allem wenn es um die Beurteilung der Glaubwürdigkeit des Gesuchstellers geht – ist nach wie vor möglich.

Für Ausnahmesituationen

Gewisse Revisionspunkte nehmen sich auf den ersten Blick ausgesprochen hart aus. Eingeführt wird beispielsweise die sogenannte Ausschaffungshaft. Doch auch hier reagiert der Gesetzgeber im Prinzip nur auf schlechte Erfahrungen, die beim Vollzug gemacht werden mussten. Reagiert wird auf die Schwierigkeiten bei der Wegweisung abgewiesener Asylbewerber. Liegen gewichtige Anhaltspunkte vor, dass sich der Ausländer nach Verstreichen der Ausreisefrist einer Ausschaffung entziehen will, so wird Haft angeordnet. Nur nebenbei sei vermerkt, dass diese Bestimmung mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist.

Auf eine bessere gesetzliche Grundlage wird die Internierung von Ausländern gestellt. Diese wird verfügt, wenn eine Wegweisung weder zumutbar noch durchführbar ist. Im Normalfall erfolgt dabei die freie Unterbringung. Im Falle der Gefährdung oder Verletzung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit wird die Einweisung in eine geschlossene Anstalt verfügt.

Viel zu reden gab im Parlament die Asylgewährung in Ausnahmesituationen. Nach geltendem Recht gewährt die Schweiz in Zeiten erhöhter internationaler Spannung oder bei Ausbruch von bewaffneten Konflikten Flüchtlingen nur so lange Asyl, als dies nach den Umständen möglich ist. Als neuer Ausnahmegrund ist nun «bei ausserordentlich grossem Zustrom von Gesuchstellern in Friedenszeiten» aufgenommen worden. Diese Bestimmung gestattet es dem Bundesrat, bei einem plötzlichen und massiven Ansteigen der Asylbewerberzahlen Notrecht zu erlassen.

Subsidiäre Bundeskompetenz

Durch die Wahl seines Aufenthaltsortes bestimmt der Gesuchsteller nach geltendem Recht den Kanton, der für die Betreuung seines Falls zuständig ist. Dabei hängt der Zustrom von Asylbewerbern in die einzelnen Kantone von verschiedenen Faktoren ab. Oft wird aus praktischen Gründen ein Grenzkanton gewählt, eine Rolle spielt auch der Bekanntheitsgrad von Städten in den Herkunftsländern der Asylbewerber. Für erwiesen hält das Bundesamt für Polizeiwesen ausserdem eine Steuerung des Zustroms durch sogenannte Schlepperorganisationen, die im Ausland tätig sind. Solange derartige Kriterien im Vordergrund stehen, bleibt eine gleichmässige Verteilung der Asylbewerber Wunschtraum jener Kantone, die von den Gesuchstellern bevorzugt werden. Um hier Abhilfe zu schaf-

fen, wird es den Kantonen zur Pflicht gemacht, auf dem Vereinbarungsweg festzulegen, wie die Gesuchsteller zu verteilen sind. Nur wenn sich die Kantone nicht einigen können, legt der Bundesrat den Verteilungsschlüssel fest.

Neu widmet sich das Asylgesetz schliesslich auch jenen Ausländern, die als anerkannte Flüchtlinge oder weil ihr Gesuch abgewiesen wurde, in ihr Herkunftsland zurückkehren wollen bzw. müssen. So wird die gesetzliche Grundlage geschaffen für die Übernahme

Allgemeine Grundsätze

Das schweizerische Asylrecht ist zwar von Zeit zu Zeit immer wieder revisionsbedürftig, der Grundgehalt bleibt aber immer der gleiche. Bundesrätin Kopp fasste die Grundsätze unserer Asylpolitik vor dem Nationalrat wie folgt zusammen:

● Als erstes sollten alle möglichen Schritte unternommen werden, Flüchtlingsbewegungen zu vermeiden, indem im Heimatstaat eine dauerhafte Lösung realisiert wird. Dieses Ziel verlangt einen weltweiten, aktiven Einsatz für die Menschenrechte. Dazu gehören auch Bemühungen, Flüchtlingen die freiwillige Rückkehr zu ermöglichen.

● Wo dies nicht möglich ist, soll die Ansiedlung der Flüchtlinge im verwandten Kulturbereich angestrebt werden. Die Realisierung solcher Projekte verlangt die Unterstützung der Erstasyländer. Aber auch die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit muss vermehrt unter diesem Aspekt gestaltet werden.

● Ist weder eine Repatriierung noch die Ansiedlung im verwandten Kulturbereich möglich, soll der echt Verfolgte bei uns Asyl finden – und zwar unabhängig von seiner Rasse und Herkunft. Anerkannten Flüchtlingen und ihren Familien soll vermehrt bei ihrer Integration geholfen werden.

R. M.



Asylpolitik beschäftigt die Öffentlichkeit. Diese Aufnahme zeigt eine Kundgebung, an der eine offene Haltung der Schweiz gefordert wurde.

der Ausreisekosten durch den Bund. Im Vordergrund soll aber nicht das Geld, sondern die Rückkehrberatung stehen. Auch die aktive Suche nach dauerhaften Lösungen im Sinn der Wiedereingliederung in Dritt- oder Herkunftsstaaten der Asylbewerber hat sich der Bund jetzt zur Pflicht gemacht.

Neu: Grenztore

Auf Initiative des Parlaments erst ins Gesetz aufgenommen wurden Bestimmungen über die sogenannten Grenztore. Ausgehend von der Tatsache, dass viele Asylbewerber «schwarz», über die «grüne Grenze», in unser Land gelangen und dass diese Einreisevariante hauptsächlich von den Schlepperorganisationen gepflegt wird, enthält das Gesetz jetzt neu die Vorschrift, dass sich Asylsuchende an vorher bestimmten Grenzübergängen zu melden haben. Wird die Einreise bewilligt, so werden die Ausländer in einer Empfangsstelle an der Grenze identifiziert, grenzsanitär untersucht und anschliessend auf die Kantone verteilt. Dort wird

das bereits erläuterte kantonale Verfahren durchgeführt, wobei diese Aufgabe durch interkantonale Vereinbarungen gemeinsam gelöst werden kann. Der illegal einreisende Gesuchsteller kann sein Begehren nun nicht mehr in einem x-beliebigen Kanton einreichen, sondern er wird zu diesem Zweck von den kantonalen Behörden an ein Grenztor gewiesen. Zusätzlich wird die illegale Einreise strafrechtlich sanktioniert. Diese Neuerung bringt verschiedene Vorteile, ist aber auch mit gewissen Nachteilen verbunden. Positiv ist sicher, dass der Anteil der Ausländer, die legal einreisen und ordnungsgemäss erfasst werden können, ansteigen wird, obwohl natürlich illegale Grenzübertritte nie ganz zum Verschwinden gebracht werden können. Die Regelung vermindert auch die Attraktivität von Schlepperdiensten, ist aber umgekehrt mit einer zusätzlichen Belastung des Bunds und Umtrieben für die Kantone verbunden.

In der parlamentarischen Beratung ist die Asylgesetzrevision vor allem von linker Seite (SP, Poch), aber auch seitens der

Nationalen Aktion unter Beschuss geraten, was doch eigentlich zeigen sollte, dass ein gar nicht so schlechter Mittelweg gefunden wurde. Das Referendum indessen wurde von einer Koalition von Hilfswerken, Parteien der Linken, Gewerkschaften und kirchlichen Gruppierungen getragen. Sie werfen der Revision vor, sie führe zu einer Aushöhlung des Asylrechts und schlage völkerrechtlich, rechtsstaatlich und humanitär begründete Einwände in den Wind. Hinter dem Gesetz stehen die bürgerlichen Parteien. Mit der Revision, so lautet ihr Argument, werde die Voraussetzung geschaffen, dem Bundesrat die rechtliche Handhabe zur Lösung der Asylproblematik ohne Abstriche am zentralen Flüchtlingsbegriff zu geben. Die humane, auf liberalen Traditionen beruhende Asylpolitik werde weitergeführt.

Mittlerweile ist das Referendum gegen die Gesetzesänderung zustande gekommen. Somit wird das Schweizer Volk schon bald, wahrscheinlich am 5. April, zu diesem brisanten Gegenstand Stellung nehmen können.

Neue Bücher

In der Rubrik «Büchertips» stellt der «Staatsbürger» neue politische Bücher vor.

Erich Gysling: Zerreißprobe in Nahost. Menschen, Schicksale, Traditionen. Benziger Verlag Zürich, Köln 1986. 307 Seiten.

Drusen, Maroniten, Israelis, Jordanier, Syrer, Ägypter, PLO, Sunniten und Schiiten – bunt ist das Gemisch von Staaten, Völkern und Glaubensgemeinschaften im Nahen Osten, gross die Spannungen, die untereinander herrschen. Hinzu kommt die internationale Einmischung, die das Gebiet zusätzlich einer Zerreißprobe aussetzt. «Zerreißprobe in Nahost. Menschen, Schicksale, Traditionen» nennt denn auch Erich Gysling, Chefredaktor beim Fernsehen DRS, sein jüngstes Buch. In einer Mischung von Stimmungsbild, Schilderung von Personen, Familien und Gemeinschaften in der Region des Nahen Ostens und politischen Analysen vermittelt die Publikation einen lebendigen Einblick in die vielschichtigen Probleme dieses Krisenherdes.

In den ersten zwei Kapiteln schildert Gysling die Entstehung und Bedeutung der beiden Städte Jerusalem und Bethlehem. Dabei kommt vor allem Jerusalem, in dem sich jüdische, christliche und muslimische Interessen überschneiden, eine besondere Rolle zu. Gysling weist darauf hin, dass Jerusalem nie eine andere Hauptstadt als die der jüdischen Nation war und dass die Juden seit dem 19. Jahrhundert den grössten Anteil darin bilden. Die Sehnsucht der Araber nach einer islamischen Herrschaft über Jerusalem ist jüngerer Datums und dürfte mit dem verstärkten arabi-

schen Nationalismus zusammenhängen.

Arabischen Nationalismus und die Re-Politisierung des Sakralen im Islam nennt Gysling als die beiden wesentlichsten Triebkräfte der Identifikationssuche im heutigen Nahen Osten. Mit diesen beiden Kräften habe man sich auseinanderzusetzen, wolle man den Frieden zwischen Israel und Ägypten noch retten oder ihn sogar so tragfähig gestalten, dass er sich auf andere Länder der Region ausdehnen könne.

Gysling weist nach, dass der panarabische Nationalismus zwar auf der Ebene der hohen Politik Schiffbruch erlitten habe, auf der Ebene des Alltagslebens eine jedoch stetig wachsende Bedeutung erhalte. Als Grund dafür sieht er die in den letzten Jahrzehnten als Folge des Ölpreis-Booms 1973 und der Politik der Öffnung Ägyptens gewaltig angestiegene Mobilität der arabischen Gesellschaft. Dazu kommt, dass «eine unbekannte Anzahl von nationalistisch gesinnten Arabern... über die Landesgrenzen hinweg an Kämpfen und Kriegen teilgenommen (hat), die als gesamtarabische Anliegen deklariert worden sind» (S. 128). Wie in jedem Krisenherd spielen auch im Nahen Osten die Beziehungen der Supermächte und ihre Politik eine entscheidende Rolle. Den USA wirft Gysling ein fehlendes Konzept vor. «Wären die USA gegenüber dem Problem der Gewalt in Nahost konsequent vorgegangen, so hätten sie längst die extremen Gruppierungen unter den libanesischen Schiiten als Ziele von Vergeltungsanschlägen aus-

wählen müssen» (S. 262). Der UdSSR komme, so Gysling, eine geringere Bedeutung zu als in den fünfziger und sechziger Jahren. Gysling schliesst sich der Meinung des israelischen Politologen Aryeh Yodfat an, der schrieb, die sowjetische Nahostpolitik werde heute abgestimmt nach den Möglichkeiten und Interessen der sowjetischen Wirtschaft, auf Machtkämpfe in den Führungsgremien nahöstlicher Länder und auf andere interne Faktoren.

Helmut Schmidt: Eine Strategie für den Westen. Siedler Verlag, Berlin 1986. 210 Seiten.

Der ehemalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, geniesst weit über seine Landesgrenzen hinaus hohes Ansehen. Besonders deutlich zeigte sich dies an der Yale University, die regelmässig Spitzenleute aus Politik und Wissenschaft einlädt, um Vorlesungen zu halten. Als Helmut Schmidt im Frühjahr 1985 las, soll er auf so grosses Interesse gestossen sein, dass immer grössere Säle erforderlich waren, um all die Zuhörer aufzunehmen.

Eine solche Vorgeschichte macht neugierig auf die Texte dieses Referenten. Die Vorlesungen sind nun greifbar im Buch «Eine Strategie für den Westen», die allerdings – es sei vorweggenommen – enttäuschen. Den Referaten und den Thesen, die etwas simpel erscheinen, hätte eine Überarbeitung an die Erfordernisse, die an einen schriftlichen Text gestellt werden, gut getan. Schmidt geht von der These aus, dass heute keine einzelne Nation ihre wichtigen politischen und wirtschaftlichen Ziele mehr im Alleingang erreichen kann; die

nationalen Interessen müssen in eine Strategie gemeinsamer Anstrengungen eingebunden sein. Dass viele Briten heute noch meinen, es sei möglich und lohnend, in der Wirtschaftspolitik einen eigenen Weg zu gehen, darin sieht Schmidt einen Grund für die anhaltende Wirtschaftsmisere. Auch die Vereinigten Staaten unterliegen als mächtiger Staat der Versuchung zum Alleingang immer wieder. Schmidt betont jedoch, dass es eine Illusion sei, dass einzelne westliche Staaten auf rein nationaler Basis erfolgreich sein könnten. Erforderlich ist daher eine vereinbarte und akzeptierte Gesamtstrategie.

Leider hat nun aber Europa – angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten – gegenwärtig aufgehört, «eine eigene Rolle bei der Entwicklung einer gemeinsamen weltpolitischen Konzeption oder bei der Formulierung einer Gesamtstrategie für den Westen zu spielen». Schmidt glaubt aber nicht, dass es lange so bleiben wird. Dass sich dies ändert, ist auch angesichts der stabilen Gesamtstrategie der Sowjetunion nötig, denn «den Grundstein jeder kohärenten westlichen Gesamtstrategie bildet naturgemäss die Haltung gegenüber der Sowjetunion (S. 38).

Ausführlich erörtert Schmidt die Rolle und Probleme Europas, in einem weiteren Schritt stellt er die Probleme ausserhalb Europas und ausserhalb der Nato vor: das lateinamerikanische Schuldenproblem, Mittelamerika, der Nahe Osten und der Ferne Osten. Er kommt zum Schluss, dass «je enger die Zusammenarbeit zwischen Nordamerika und Europa ist, desto besser sind die Chancen, die Volkswirtschaft anderer Länder zu stabilisieren und dadurch den Frieden zu bewahren. Je weiter die Zusammenarbeit zwischen dem

Westen als Ganzem und den Entwicklungsländern geht, desto besser stehen die Chancen, deren wirtschaftliche Leistung und soziales Wohlergehen zu verbessern» (S. 135).

Besonders behandelt Schmidt ferner die heutigen wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen – den strukturellen Umbruch in der Weltwirtschaft, die Zeitbombe des amerikanischen Defizits, den Ost-West-Handel – um dann festzustellen, dass es an Führung fehle.

Klaus von Beyme: Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung. Piper Verlag, München 1984. 5. Auflage. 288 Seiten.

Eine übersichtliche und konzentrierte Einführung in die

politischen Theorien der Gegenwart liegt vor im Buch des Heidelberger Professors für Wissenschaftliche Politik, Klaus von Beyme. Die Publikation gibt einen systematischen Überblick über diese Theorien, stellt die Vielfalt und Dynamik politischer Theorienbildung dar und deren wissenschaftstheoretische Voraussetzungen. Ausserdem werden die wichtigsten Ansätze politikwissenschaftlicher Forschung diskutiert.

Drei wissenschaftstheoretische Ausgangspunkte sind es, die einander in der gegenwärtigen Politikwissenschaft konkurrieren: normative Theorien, empirisch-analytische Theorien und dialektisch-kritische Theorien.

Trotz einiger Verdienste in der Vergangenheit werden normative Theorien heute

von den Wissenschaftlern mehrheitlich abgelehnt. Als «gesunkenes Kulturgut» spielen sie aber im politischen Selbstverständnis der Politiker noch immer eine Rolle, weshalb auch sie studiert werden müssen.

Vielschichtiger als die normativen Theorien sind die empirisch-analytischen und die dialektisch-kritischen. Vor allem durch Popper erzielten die empirisch-analytischen Theorien eine grosse Breitenwirkung. Mit den dialektisch-kritischen Theorien verbinden sich Namen wie Adorno, Horkheimer, Marcuse, Lefévre, Garaudy und Althusser. Insgesamt lässt es die Vielzahl dieser neomarxistischen Ansätze kaum noch zu, von einer einheitlichen Theorie zu sprechen.

Als methodische Ansätze politischer Theorien stellt der Autor fünf heraus: den histo-

risch-genetischen, den institutionellen, den behavioristischen, den funktional-strukturellen und den vergleichenden. Die fünf Ansätze werden oft miteinander kombiniert. Ausführlich stellt Beyme diese Methoden vor und zeigt ihre Stärken und Schwächen.

Fast die Hälfte des Buches befasst sich mit Grundbegriffen politischer Theorien. Beyme analysiert «Staat», «Macht», «politisches System», «politische Kultur», «Demokratie» und die Konfliktmodelle der Theorien vom Gruppenpluralismus, des Klassenkonflikts und der Elitebildung. Die Analysen erfolgen durchwegs philosophisch breit abgestützt und führen auf den neuesten Stand der politikwissenschaftlichen Diskussionen in Europa und den Vereinigten Staaten. AMK

DIE STAATSBÜRGERIN

Aktiver Kampf gegen Frauendiskriminierung

Organisation und Funktion eines «Gleichberechtigungsombudsmannes»

Am 12. April 1986 wurde in Bern unter dem Titel «Modellfall Schweden – Vorbild für die Schweiz?» eine Tagung durchgeführt, die durch die schwedische Botenschaft und die Dienststelle Frauenfragen im Bundesamt für Kulturpflege organisiert worden war. An dieser Tagung hielt auch Inga-Britt Törnell, «schwedischer Gleichberechtigungsombudsmann» einen Vortrag, in dem sie ihre Tätigkeit vorstellt. Aus diesem Vortrag veröffentlichen wir einen Auszug, den wir dem Heft «F – Frauenfragen» 2/86 entnehmen, das die Eidgenös-

sische Kommission für Frauenfragen, Bundesamt für Kulturpflege, Thunstrasse 20, 3006 Bern, herausgibt und das auch dort bezogen werden kann.

Die Arbeit des Gleichstellungsombudsmannes, der eine selbständige Behörde darstellt, die dem Arbeitsministerium untersteht, begann an dem Tag, an dem in Schweden das Gleichstellungsgesetz in Kraft trat (1. Juli 1980). In meiner Behörde sind sechs Personen angestellt, der stellvertretende Gleichstellungsombudsmann, drei Referenten, von denen einer für Informa-

tionsfragen zuständig ist, eine Sekretärin und eine Schreibkraft.

Aufgaben

Aufgabe des Gleichstellungsombudsmannes ist, darüber zu wachen, dass das Gleichstellungsgesetz befolgt wird. So weit es sich machen lässt, ist er dabei gehalten, durch Ratschläge und Anweisungen zu wirken und die Arbeitgeber in erster Linie dazu zu bringen, sich freiwillig nach den Bestimmungen des Gesetzes zu richten. Weiterhin hat der Ombudsmann die Aufgabe, mit Hilfe von Information und auf andere Weise auf eine

wachsende Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsleben hinzuwirken.

Kommt es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung wegen einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, ist es zunächst Aufgabe der Gewerkschaften, die Sache ihres Mitgliedes zu vertreten. Wenn die Gewerkschaft auf ihr Recht, ihr Mitglied zu vertreten, verzichtet, oder wenn der/die Diskriminierte nicht gewerkschaftlich organisiert ist, kann der Gleichstellungsombudsmann die Klage für den/die Betroffenen übernehmen. Schliesslich kann die Diskriminierte natürlich auch selbst Klage vor Gericht erheben.

Gelingt es dem Ombudsmann nicht, eine freiwillige Vereinbarung mit einem Arbeitgeber in einer Diskriminierungssache zu erwirken und handelt es sich um eine Sache von prinzipiellem Interesse, kann der Ombuds-

mann die Angelegenheit vor das Arbeitsgericht bringen. In diesem Falle wird der Ombudsmann als Partei in dem Rechtsstreit betrachtet – aber natürlich für die diskriminierte Arbeitnehmerin.

Der Gleichstellungsombudsmann hat die Aufsicht über die aktive Gleichstellungsarbeit auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes, wo es keine Tarifverträge für diese Frage gibt. Entsprechende Tarifverträge wurden bisher geschlossen zwischen dem schwedischen Arbeitgeberverband SAF auf der einen Seite und dem Industriegewerkschaftsverband LO beziehungsweise dem Privatangestelltenkartell PTK auf der anderen Seite.

Der Gleichstellungsombudsmann stellt – entweder aufgrund einer Anzeige oder aus eigener Initiative – Untersuchungen darüber an, wie die Gleichstellungsarbeit auf den verschiedenen Arbeitsplätzen vorangetrieben wird. Richtet sich der Arbeitgeber nicht nach den Vorschlägen des Ombudsmannes für weitere Massnahmen, kann sich der Gleichstellungsombudsmann an die Gleichstellungsbehörde wenden und sie bitten, den Arbeitgeber unter Bussgeldandrohung zur Durchführung der erforderlichen Massnahmen zu zwingen.

Gleichstellungsbehörde

Die Gleichstellungsbehörde, die gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Gleichstellungsgesetzes eingerichtet wurde, besteht aus elf Mitgliedern, die von der Regierung ernannt wurden. Sechs der Delegierten repräsentieren die Sozialpartner, zwei haben Erfahrung mit Arbeitsmarktfragen und zwei sind Spezialisten für Gleichstellungsfragen. Die Vorsitzende ist Juristin mit Richterfahrung. Zurzeit erhalten wir etwa 250

Anzeigen pro Jahr, wovon 150 Diskriminierungsfällen gelten und der Rest aktiven Gleichstellungsmassnahmen. Dazu kommen etwa 300 weitere Fälle jährlich, wobei es zum Beispiel um Meinungsbildungsfragen, Ausbildungsfragen und Mittelbeschaffung von Behörden und Ministerien geht. Der grösste Teil der Schreiben stammt von Frauen. Doch stammt immerhin jede zehnte Anzeige von einem Mann!

Diskriminierungen

Diskriminierungsanzeigen richten sich im allgemeinen gegen die öffentlichen Arbeitgeber. Anfangs handelte es sich dabei fast ausschliesslich um Benachteiligungen bei Einstellungen und Beförderungen. In den letzten Jahren ist der Anteil der Anzeigen wegen Lohndiskriminierungen wie auch wegen Entlassungen oder Umbesetzungen aufgrund des Geschlechts gestiegen. Dass die Entscheidungen der öffentlichen Arbeitgeber weit öfter in Frage gestellt werden als die der privaten, liegt wohl kaum daran, dass diese mehr zu Diskriminierungen neigen. Der Grund dürfte eher in einem anderen Umstand liegen. Auf dem öffentlichen Sektor des Arbeitsmarktes hat jemand, der sich um eine Arbeit bewirbt, aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips Zugang zu den Unterlagen seiner Mitbewerber und kann folglich Vergleiche ziehen. Man ist daran gewöhnt, sich über personelle Entscheidungen beschweren zu können, und man glaubt, auch dann auf seinem Arbeitsplatz verbleiben zu können, wenn man Streit mit seinem Arbeitgeber gehabt hat. Bei einem privaten Arbeitgeber schrecken viele von einer Anzeige zurück, weil sie Angst haben, als «Querulanten» abge-

stempelt zu werden. Auch wenn man den Streit gewonnen hat, rechnet man damit, später Schwierigkeiten zu bekommen.

Der erste Fall, den ich vor Gericht brachte, war ein Fall von Benachteiligung aufgrund des Geschlechts bei der Einstellung. Eine Frau war bei der Besetzung einer qualifizierten Referentenstelle wegen eines jungen Mannes mit gleichwertiger Ausbildung, aber wesentlich geringerer Berufserfahrung übergangen worden. Der Arbeitgeber, eine Gemeinde, berief sich bei seiner Entscheidung darauf, dass die Frau Zusammenarbeits-schwierigkeiten hätte. Das Gericht entschied, die Gemeinde habe ihre Behauptung über die Zusammenarbeits-schwierigkeiten nicht beweisen können, und die Frau, die für die Arbeit rein sachlich bessere Voraussetzungen gehabt habe, sei bei der Entscheidung der Kommune wegen ihres Geschlechts diskriminiert worden.

Freiwillige Übereinkommen

Anzeigen wegen Mängel in der aktiven Arbeit für die Gleichstellung beziehen sich zum grössten Teil auf private Arbeitgeber. Meistens beginnt es mit einer Stellenanzeige, die sich nur an das eine Geschlecht richtet – in der Art wie «Mädchen gesucht, das hervorragend Schreibmaschine schreibt». Nachdem wir in solche Fälle eingeschaltet wurden, ist es uns meistens gelungen, mit den Arbeitgebern freiwillige Übereinkommen darüber zustande zu bringen, was sie unternehmen könnten, um eine grössere Gleichstellung auf ihrem Arbeitsplatz zu erreichen. Dabei handelt es sich zum Beispiel um eine Veränderung der Routinen bei der Formulierung von

Stellenanzeigen, bei der Einstellung, um die Errichtung von Personalräumen für das unterrepräsentierte Geschlecht, bestimmte Ausbildungsmöglichkeiten für Angestellte in unqualifizierten Stellungen, sogenannte «Jobrotation» und so weiter.

Tendenz steigend

Die Zahl der Anzeigen, die bei unserer Behörde eingehen, ist weiterhin im Steigen begriffen, und die Fälle tendieren dahin, schwerwiegender zu werden – sowohl inhaltsmässig als auch aus der Sicht der Ermittlung. Die Anforderungen an die Informations- und Ausbildungseinsätze werden ebenfalls grösser. Viele Arbeitgeber sind bereit, sich stärker in einer aktiven Gleichstellungsarbeit zu engagieren, wissen aber nicht, wie sie es anfangen sollen. Sie wünschen Tips und Ideen, wie sie die Arbeit gestalten sollen, um den gewünschten Erfolg zu erzielen. Das Gleichstellungsgesetz ist unter ziemlich starkem Widerstand zustande gekommen. Nach meiner Ansicht hat das Gesetz im grossen und ganzen die Erwartungen erfüllt, die man darin gesetzt hatte. Von der Tätigkeit des Gleichstellungsombudsmannes haben die Diskriminierungsstreitsachen bisher das grösste Interesse in der Öffentlichkeit erregt. Ich für meinen Teil halte allerdings die geduldigen Bemühungen, einen Arbeitgeber davon zu überzeugen, wie wichtig und wertvoll die aktiven Massnahmen zur Erreichung der Gleichstellung sind, für den wichtigsten und zukunftssträchtesten Teil meiner Arbeit. In diesem Teil unserer Arbeit haben wir eine ebenso gute Zusammenarbeit mit der Regierung wie mit den Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften.

Ein Tessiner und ein Appenzeller

Die Nachfolger der beiden zurückgetretenen Bundesräte Kurt Furgler und Alphons Egli sind gefunden. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 10. Dezember mit Rekordstimmzahlen den Tessiner Nationalrat Flavio Cotti und Nationalrat Arnold Koller aus Appenzell-Innerrhoden in die Landesregierung.

Damit kommt Innerrhoden – der kleinste Stand der Eidgenossenschaft – erstmals in der Geschichte zu Bundesratsehnen. Und der Kanton Tessin ist ebenfalls wieder in der höchsten Behörde des Landes vertreten, nachdem er 13 Jahre abseits stehen musste. Der letzte Tessiner vor Flavio Cotti war der Freisinnige Nello Celio. Mit Cottis Wahl sind nun wieder alle drei grossen Sprachgruppen unseres Landes vertreten: Zu den vier Deutschschweizern Elisabeth Kopp, Leon Schlumpf, Otto Stich und Arnold Koller und den beiden Romands Pierre Aubert und Jean-Pascal Delamuraz kommt nun noch der Tessi-

ner Cotti. Dieser hielt seine Rede im Anschluss an seine Wahl denn auch auf italienisch – eine Demonstration zugunsten der italienischsprachigen Kultur in der Schweiz.

Die beiden «Neuen» schafften den Einzug in den Bundesrat gleich im ersten Wahlgang. Den beiden offiziellen Kandidaten der CVP-Fraktion erwuchs einzig «wilde» Konkurrenz aus dem eigenen Lager: Die Luzernerin Judith Stamm und der andere Tessiner, Fulvio Caccia, blieben jedoch chancenlos: Sie wurden vor allem von der Linken im Rat sowie von den Grünen unterstützt.



Bundesrat
Flavio Cotti



Bundesrat
Arnold Koller

Mehr Mieterschutz

An der eidgenössischen Volksabstimmung vom vergangenen 7. Dezember ergaben sich äusserst deutliche Resultate: Der neue Mieterschutzartikel fand das klare Vertrauen des Stimmbürgers, und die Initiative des Verkehrs-Clubs der Schweiz für «eine gerechte Schwerverkehrssteuer» wurde ebenso klar abgelehnt.

Nach dem Ja zum Mieterschutz liegt der Ball jetzt

beim Parlament. Zurzeit wird nämlich eine Änderung des Obligationenrechts in dieser Sache diskutiert. Es wird erwartet, dass die eigentlichen Gegensätze erst im Zusammenhang mit dieser Revision aufbrechen werden: Denn viele Befürworter der am 7. Dezember angenommenen Grundsatzbestimmung liessen erkennen, dass sie sich jedem zu weit gehenden Mieterschutz widersetzen werden. Eine Chance haben

dürfte damit nur eine behutsame Anpassung des geltenden Rechts. Einzig die Ausdehnung des Mieterschutzes auf die ganze Schweiz dürfte nun einermassen problemlos zu bewerkstelligen sein. Bisher galten Mieterschutzbestimmungen nur in Gemeinden, in denen Wohnungsnot oder Mangel an Geschäftsräumen herrschten. Die von der VCS-Initiative aufgeworfene Problematik

wird der Schweizer Politik wohl ebenfalls noch länger erhalten bleiben. Das Parlament diskutierte über die Koordinierte Verkehrspolitik – diese soll die Grundlage für künftige Verkehrsabgaben sein. Angestrebt wird ein eigentliches verkehrspolitisches Gesamtpaket. Zudem sind Initiativen hängig, welche die völlige Abschaffung der Verkehrsabgaben verlangen.

Hauptversammlung 1986

23. Oktober 1986 im Bürgerhaus in Bern der Staatsbürgerlichen Gesellschaft des Kantons Bern

Protokoll

1. Das Protokoll der Hauptversammlung vom 8. August 1985 wird genehmigt und verdankt.
2. Der Jahresbericht des Präsidenten wird ebenfalls genehmigt und verdankt. Die einzelnen Sektionen führten im Berichtsjahr nachstehende Veranstaltungen durch:

2.1. Staatsbürgerliche Gesellschaft der Stadt Bern

- | | |
|---|------------------|
| 1. Das neue Eherecht | ca. 850 Personen |
| 2. Die BLS heute und morgen | 110 Personen |
| 3. Medizin wohin | 58 Personen |
| 4. Soll die Schweiz der UNO beitreten? | 210 Personen |
| 5. Vom weissen zum Roten Kreuz | 36 Personen |
| 6. Zukunftsprobleme der schweizerischen Wirtschaft | 160 Personen |
| 7. Aus der Arbeit in der psychiatrischen Klinik Münsingen | 32 Personen |
| 8. Radio Studio Bern | 88 Personen |
| 9. Rudolf von Tavel | 45 Personen |

2.2. Staatsbürgerkomitee Kirchberg

- | | |
|---|--------------|
| 1. Die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Sicht in der heutigen Zeit | 60 Personen |
| 2. Depressionen – ihre Ursachen und Behandlungsmöglichkeiten | 150 Personen |
| 3. Kleiner Verbraucher – mächtige Wirtschaft. Glanz und Elend des Konsumentenschutzes | 60 Personen |
| 4. Künstliche Veränderung von Lebewesen durch Gentechnologie | 50 Personen |
| 5. Die Erhaltung der Landwirtschaft als Staatsaufgabe | 40 Personen |

2.3. Verein für Staatsbürgerkurse Pieterlen

- | | |
|---|--------------|
| 1. Paradies Seychellen | 160 Personen |
| 2. Pieterlen–Tessin einfach | 155 Personen |
| 3. UNO-Beitritt der Schweiz – die Abstimmung naht | 85 Personen |
| 4. Spycher-Feschthli | 69 Personen |
| 5. Kultureller Anlass | 40 Personen |

2.4. Staatsbürgerliche Gesellschaft Thun-Oberland

- | | |
|---|-------------|
| 1. Wie regiert ein Stadtpräsident? | 12 Personen |
| 2. Aufgaben und Erfahrungen als Statthalter der Regierung | 11 Personen |
| 3. Die Zukunft der BLS | 25 Personen |

2.5. Staatsbürgerkurse am See

- | | |
|---|-------------|
| 1. Hier spricht Heiner Gautschy in ... Twann: Medien – wohin? | 95 Personen |
| 2. Das Bundesgericht von innen betrachtet | 35 Personen |
| 3. Motel und die Presse | 40 Personen |
| 4. Das Drogen-Problem aus polizeilicher Sicht: Orientierung – Vorbeugung – Folgen | 45 Personen |
| 5. Generationenprobleme bei Jeremias Gotthelf | 70 Personen |
| 6. Altersnachmittag | 70 Personen |
| 7. Hirten und Herden – Alpkultur in der Schweiz | 60 Personen |

2.6. Staatsbürgerliche Gesellschaft Langenthal und Umgebung

Religion und Spiel, Liebesbriefe berühmter Komponisten, Gesprächsführung für Frauen, rückblickend von der inneren Medizin in den letzten 45 Jahren und Infektionskrankheiten im Wandel der Zeit, das neue Eherecht (mit besonderer Berücksichtigung der Güterrechte), Forschung und Fortschritte in der Behandlung von bösartigen Tumoren, Aids-Gefahr für uns, Einführung in die Astronomie, Deutsch mit Ausländern sowie 5 Kurse über Computer und 3 Kurse über autogenes Training. Die Vorträge und Kurse hatten einen guten Besuch.

2.7. Staatsbürgerkurse Erlach

Serenade (sommerliches Programm) durch die Orchestergesellschaft Biel mit

Titeln aus der West-Side-Story, 1.-August-Feier, 2 Lesesonntage mit Umzug (Verkehrsverein Zweisimmen nahm aktiv an beiden Wochenenden teil), Erlacher Fasnacht. Zudem beteiligte sich der Verein an einer Werbeaktion der «Berner Wanderwege». Auch ein neuer Prospekt wurde erarbeitet.

Die Veranstaltungen hatten einen guten Besuch.

3. Die Jahresrechnung und der Voranschlag sowie der Revisorenbericht werden genehmigt.
4. Unter dem Traktandum Verschiedenes wird u.a. auf die Mitarbeit bei der Konferenz für Erwachsenenbildung und auf das immer noch nicht besetzte Amt des Kantonalkassiers hingewiesen.

Für das Protokoll:
Hans Hess

Ferienkurs Rigi-Kaltbad «Die Schweiz und Europa»

Die Referate zu diesem interessanten Ferienkurs stehen Ihnen in einer Sammeldokumentation zur Verfügung. Die Europa-Frage ist aktueller denn je! Wir stellen Ihnen die Dokumentation zum Selbstkostenpreis von Fr. 12.– (plus Versandkosten) gerne zur Verfügung. Herzlichen Dank für Ihr Interesse.



Bitte senden Sie mir die Dokumentation zum Ferienkurs Rigi-Kaltbad:

Name/Vorname _____

Adresse _____

Wohnort PLZ / _____

Bitte ausfüllen und einsenden an:
Zentralsekretariat SSG, Postfach 336, 5430 Wettingen

Schweizerische Staatsbürgerliche Gesellschaft

Brüssel—Luxemburg 1986

Eine SSG-Reise zur Europäischen Gemeinschaft

Brüssel: Der bequeme Intercity-Zug mit den reservierten Wagen fährt durch das rheinische Tiefland Richtung Strassburg. Noch wogen um den Zug die herbstlichen Nebel vom Rhein und den Vogesen. Unsere Gedanken bewegen sich zum Europaparlament, das im Frühjahr Ziel einer SSG-Reise war und uns einen hoffnungsvollen Einblick in die Geschichte der letzten 40 Jahre mit Schweizer Beteiligung gegeben hatte; und doch blieb der Eindruck eines Produktes von einfacher Bescheidenheit, gewissermassen in Kinderschuhen, fast zu zart für die Rauheit europäischer Politik. Den recht zahlreichen Teilnehmern, die schon in Strassburg dabei waren, ist die Stunde mit Botschafter Dr. Thomas Raeber noch in lebhafter Erinnerung. Doch dann steigt der Zug in die Vogesen, der Nebel sinkt zurück, und wir durchqueren die von Sonnenlicht durchfluteten Wiesen, wo gefleckte

Kühe, Frankreichs Milch- und Fleischreserven, weiden, wo stillgelegte Kanäle neben dem Schienenstrang dahindösen und wo der Schweizer über die Weiträumigkeit seiner Nachbarländer zu staunen beginnt. Durch den Gang zum Speisewagen wird die Fahrt abgekürzt. Wir lassen uns von geschickten Kellnern verwöhnen, der Speisewagen wurde in Luxemburg für uns beigehängt. Kaum haben wir den Dessert genossen, sind wir am Ziel unserer Fahrt. Der Bahnhof Quartier-Léopold ist wirklich Quartierbahnhof, enttäuscht fragt man sich, ob man denn in Brüssel sei; durch schmale Strassen fährt der Bus hinüber zur Rue de la Loi. Dort münden wir zum erstenmal in eine der fürstlichen Strassen, die das richtige Brüssel ausmachen. Ganz in der Ferne endet der Blick am Triumphbogen, mit dem Belgien 1905 den 75. Geburtstag des Landes beging. So steht die 50köpfige Gruppe der SSG am ersten Ziel, dem Sitz der Europäischen Gemeinschaft, dem stolzesten Gebäude Brüssels seit Kriegsende. Damit setzte sich das Land die Aufgabe, ein Zentrum für das neue Europa zu werden. Mit Passierkarten versehen, werden wir eingelassen und sofort in

einen der Hörsäle geführt. Innerhalb einer Stunde erfahren wir von Frau Dr. Kees, einer deutschen Journalistin, die schon seit 14 Jahren bei der EG tätig ist, wie der heutige Stand der EG ist. Der Pessimismus der ersten achtziger Jahre ist zum Glück einer optimistischeren Auffassung gewichen seit dem Beitritt von Spanien und Portugal. Dieses Ereignis hat eine echte Bewegung in erstarre Fronten gebracht. Was der heutigen Zeit fehlt, sind eindeutig die starken Führungspersönlichkeiten von damals: Adenauer, Schuman, Spaak. Frau Dr. Kees weiss auch alle Fragen souverän zu beantworten, und angereichert von neuen Kenntnissen begibt man sich auf den Weg zur schweizerischen Botschaft bei der EG, die, wer hätte es gedacht, in einer der schmalen Strassen zu finden ist, die wir vorher mit dem Bus durchquerten. Im 8. Stockwerk sitzen wir, eng gedrängt – die Räumlichkeiten der Mission sind beschränkt – und haben die ganze Belegschaft vor uns, angeführt von *Botschafter Dr. Carlo Jagmetti*, der uns zur Einleitung betont, wie glücklich sie seien über die Berücksichtigung ihrer Mission in unserem Programm. Besuche seien nicht allzu häufig, aber um so willkom-

mener. Warum heisst die Botschaft Mission? Wesentlicher Unterschied ist das Fehlen konsularischer Aufgaben. Dafür aber ein gerütteltes Mass an wirtschaftlichen und politischen! Die Mission ist das Ohr der Schweiz am Puls Europas. Die Schweiz ist ein geachteter Partner der EG, naturgemäss ohne jegliche Beteiligung an Entscheidungsprozessen, aber willkommen durch ihre Präsenz und ihr Urteil. Das lebhafteste Gespräch dehnt sich beim Aperitif in den als Foyer benützten Vorräumen aus bis über den üblichen Feierabend der Diplomaten. Herzlichen Dank den grosszügigen Gastgebern.

Die engen Gassen der wunderschönen Altstadt Brüssels sind für jeden Besucher ein Erlebnis. Auch für unsere Reisegesellschaft waren sie Abwechslung und Erholung nach anstrengenden Stunden und einem reichlichen Nachtessen in echt belgischer Atmosphäre. Bunte gemischte Menschenmengen bewegen sich noch um Mitternacht durch die Gassen und auf der lichtüberfluteten Grand'Place! Beim Frühstück auf der Dachterrasse des Hotels Atlanta öffnet sich uns erstmals der Blick über die Millionenstadt bis hin zum weit ent-



Die Reisegruppe der SSG auf der Grand'Place in Brüssel.

Der SSG-Zentralpräsident, Beat Oppliger, im Gespräch mit Botschafter Jean Bourgeois in den Räumen der schweizerischen Botschaft in Brüssel. Rechts aussen Frau Anne Meylan, 1. Botschaftssekretärin.



heimwärts, doch die Gespräche über die Schweiz und die EG finden noch kein Ende.

Beat Oppliger

Staatsbürger Baden

Programm für den Zyklus Winter 1986/87

Fünf Veranstaltungen zum Thema «Führung und Demokratie»

Die Veranstaltungen finden regelmässig montags um 20.15 Uhr statt, die vierte im Forschungszentrum der BBC in Dättwil, alle andern im Demonstrationssaal der Kantonschule Baden.

26. Januar 1987

«Vom alteidgenössischen Führungsstil bis zur Führung in der heutigen Demokratie». Prof. Ulrich Im Hof, Universität Bern.

23. Februar 1987

«Die Führung eines grossen Industrieunternehmens und die Wandlung der Demokratie». Prof. Angelo Pozzi, Baden, ETH Zürich

9. März 1987

«Ist Führung auch in Zukunft noch möglich?». Prof. Ulrich Klöti, Universität Zürich

23. März 1987

«Bereitschaft» Kkdt Eugen Lüthy, Generalstabschef der Armee

6. April 1987

Podiumsgespräch «Führung in Partei, Verband und Parlament» Frau Elisabeth Schmid-Bruggisser, ehemals Präsidentin des aargauischen Grossen Rates, Stein Dr. Bruno Hunziker, Zentralpräsident der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, Aarau Die weiteren Teilnehmer werden später bekanntgegeben.

fernten Atomium, dem Wahrzeichen der Weltausstellung 1958, das wir kurze Zeit später auf unserer Stadtrundfahrt aus der Nähe betrachten. Daneben die königlichen Parks und Schlösser, für uns Demokraten eine unwirkliche Welt. Ein Besuch beim Manneken-Pis und in einem Museum mit den berühmten Brüsseler Spitzen gehören zum üblichen Pensum, bevor uns der Bus an der Rue Ducale vor der Schweizer Botschaft absetzt. Erster Höhepunkt des zweiten Tages ist eindeutig der feierliche Empfang, den uns Botschafter Jean Bourgeois in seinen fürstlichen Räumen bereitet. Ein livrierter Portier führt die Gesellschaft in den Empfangsraum. Bescheiden, ohne Pose, tritt der Botschafter zu uns und weiss mit prägnanten, überlegten Worten das Verhältnis der Schweiz zu Belgien und die Aufgaben des Botschafters bei seiner Exzellenz, dem König, zu schildern. Während hilfreiche Geister den feudalen Apéro herumreichen, gehen die Fragen und Antworten hin und zurück. Die Botschaft wurde erst vor wenigen Jahren durch die Schweiz aus privater Hand erworben, doch schon jetzt «rentiert» das Geschäft durch die Ersparnis der Mieten, aber auch durch angemessenere Repräsentation. Das viel dichter als die Schweiz besiedelte Belgien ist in vielen Dingen mit der Schweiz vergleichbar, etwa

in der Zweisprachigkeit und in der sozialen Struktur, der politische Aufbau jedoch eher mit Frankreich. Gross ist die Bedeutung des Königshauses. Botschafter Bourgeois beschreibt uns das Prozedere der Akkreditierung bei seiner Exzellenz. Besonders beeindruckt uns die Präsenz der ersten Mitarbeiterin des Botschafters: Frau Anne Meylan ist eine der wenigen Frauen in diplomatischem Rang. Mit wenigen, einfachen Worten skizziert sie uns ihren Werdegang und ihre Aufgabe. *Luxemburg*: Drei Stunden Eisenbahnfahrt dauert die Reise von Brüssel in das kleine Nachbarland; dabei durchfahren wir das grösste Luxemburg, die Provinz Belgiens, die in den Ardennen liegt. Soll man mit dem Buschauffeur deutsch oder französisch sprechen? Luxemburgisch ist eine Sprache «mitten drin». Die Frage erübrigt sich, er ist Jugoslawe. Überhaupt tut man sich schwer mit der Sprache: Will man das Luxemburgische in der Schule einführen, so pflegt der kaum Eingeschulte schon drei Sprachen. Die ersten luxemburgischen Zeitungen sind Versuche, und über die Schrift ist sich noch niemand im klaren. Nach dem frugalen «Buffet d'Ardennes» im Holiday-Inn beehrt uns Botschafter André-L. Vallon mit seinem Besuch. Er schildert die freundschaftlichen Bezie-

hungen zu unserm Land, erzählt von Luxemburgs Geschichte, den Kriegen, der Neutralität, die Luxemburg freiwillig preisgegeben hat zugunsten der Nato-Mitgliedschaft. Wir freuen uns über das harmonische Verhältnis zweier Länder, die ihre Probleme zu meistern imstande sind. Botschafter Vallon beantwortet liebenswürdig alle Fragen und bedauert, dass er uns sonntags nicht in seiner Botschaft empfangen konnte. Der Sonntagmorgen ist der Stadtrundfahrt gewidmet. Ein Student – die Luxemburger studieren mangels Universitäten auswärts, etwa in Trier oder Löwen – zeigte uns humorvoll und gewandt die schönsten Winkel der Stadt, und trotz Sonntag erhalten wir Einlass in das grosse Europazentrum, mit dem 1970 Luxemburg, als sich Brüssel und Strassburg um den Titel der europäischen Hauptstadt stritten, sich die Krone aufsetzen wollte. Schliesslich gewann Strassburg das Rennen, und nun finden jährlich drei Ministerratssitzungen in Luxemburg statt. Zudem beherbergt das Zentrum das Sekretariat der EG, den Gerichtshof und einige weitere Institutionen. Wir sind beeindruckt, auch von der Architektur der neuen Bauten. Vom 22. Stockwerk geniessen wir den Ausblick über das ganze Land. Kurze Zeit später, nach einem ausgezeichneten Mittagessen, rollen die Räder



Bleigewichte unserer Zeit

Fragen und fragende Antworten zum Jahresende

Dr. Kurt Werner, SAD-Zentralpräsident

Zwei Katastrophen belasten das Jahr 1986: Tschernobyl und der Chemiebrand in Schweizerhalle. Beides war nur möglich im vorhandenen Umfeld von Grosstechnologie. Viele haben mit diesen Ereignissen das Vertrauen in die entsprechende Technik verloren. Für nicht wenige waren die Vorkommnisse Bestätigung ihres schon lange wachsenden Misstrauens oder der schon lange verwurzelten Ablehnung gegenüber manchen technischen «Fortschritten» der letzten Jahrzehnte.

Verantwortung und Versagen

In Tschernobyl ist gefährliche Technologie mit ungenügendem Schutz verwendet worden, und die «Zauberlehrlinge» haben zudem – ungenügend kontrolliert – unverantwortlich experimentiert. Auch dem Chemiebrand in der Lagerhalle von Sandoz liegt ungenügendes Gefahrenbewusstsein gegenüber angehäuften, selbst erzeugtem Katastrophenpotential zugrunde. Mit mehr Umsicht und Verantwortungsbewusstsein – auf welchen Stufen immer – wären die am 1. November eingetretenen Ereignisse voraussehbar und damit vermeidbar gewesen.

Forderungen nach dem Ausstieg

Das einprägsame Rezept «Einstieg in den Ausstieg» hat mit den beiden Katastrophen beträchtlich an Anhängerschaft gewonnen. Der Zeitplan hierfür ist allerdings überall offen, steht doch kein Ersatz für die vierzig Prozent Nuklearenergie, die wir in der Schweiz produzieren und konsumieren, in datierbarer Aussicht. Mit unterstützenswerter Konsequenz hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund seinen Ausstiegsentscheid mit der Auflage versehen: «ohne Stromimporte aus dem Ausland». Die unumgängliche Verbrauchsdrosselung soll schergewichtig mit Stromsparen erreicht werden.

Spar-Appelle in den Wind

Seit Jahren nimmt jedoch – ungeachtet der zahlreichen Spar-Appelle vom Landblättli bis zum Bundesrat – der Stromkonsum weiterhin zu, und zwar

auch nach Tschernobyl: Die jüngsten Wachstumsraten übertreffen selbst Prognosen, die noch vor wenigen Jahren als übersetzt galten. Können die 28 Prozent der Gesamtproduktion an elektrischer Energie, die den Komfort der Haushalte alimentieren, um 40 Prozent gekürzt werden, und was, wenn von den 74 Prozent, die Industrie, Gewerbe und Bahnen verbrauchen, nur noch 43 Prozent lieferbar wären?



Wohlstand gegen Umwelt

Die jüngste Zunahme ist mit der gesteigerten Wirtschaftsaktivität und mit den neu erstellten Wohnungen erklärt worden. Sind wir bereit, in solchen oder – wenn nein – in welchen anderen Sparten Drosselung zu verordnen? Der Zusammenhang ist unaufhebbar: Wohlstand konsumiert Energie und Umweltgüter. Wohlstand hat seinen Preis. Wohl zeigen Wahlen und Abstimmungen der letzten Zeit, dass das Umweltbewusstsein im Steigen begriffen ist, gleichzeitig wächst aber auch Jahr für Jahr die Zahl der in Betrieb stehenden

SAD persönlich

Liebe Leserin, lieber Leser

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Stichworte des Negativen bieten sich in Vielzahl an. Szenarien verschiedener Weltuntergänge liessen sich gedanklich leicht konstruieren: in die sterbenden Wälder fallen die Borkenkäfer ein – durch weite Ebenen fressen sich die Heuschrecken – Strahlen kennen keine Grenzen – Gift fliesst in die Flüsse – weltweite Klimaveränderungen lassen die Meere ansteigen – Länder und Städte versinken in den Wassern. Bevölkerungsexplosion – Hunger und grenzenlose Armut – Terrorismus als Mittel der Politik – das forschende Spiel mit der Erbmasse – Zerfall von Werten und Normen – Flucht in die Hoffnungslosigkeit der Droge – alles Themen, die uns fast täglich aus den Zeitungen entgegenstarren. Horrorvisionen, von denen wir uns abwenden, gegen die wir ein Immunsystem aufbauen.

Wenn ich richtig in der vierzigjährigen Geschichte der SAD lese, dann haben sich die Mitglieder den Problemen der Zeit, den Bedrohungen und Gefahren, gleich woher sie auch immer kamen, nie verschlossen. Sie haben sie nicht einfach passiv erduldet. Angesichts von Weihnachten und Neujahr würde sich ein positiver Schluss aufdrängen, ein aufmunterndes Wort. Ich tue es nicht. Ich lasse Sie mit diesen Sätzen allein. Jeder muss sich ihnen mit dem eigenen Wertesystem stellen.

René Seeholzer, Zentralsekretär

Motorfahrzeuge weiter. Der Import von Autos erreichte 1986 gar einen neuen Rekord. Vom gleichfalls weiter wachsenden Verbrauch an elektrischer Energie war oben die Rede. In Sachen Umweltschutz klafft offenbar zwischen Deklamation und Verzicht bei der grossen Mehrheit ein breiter Graben. Soll diese verweigernde Mehrheit mit strafenden Sparvorschriften und dichten Kontrollen an den kurzen Zügel genommen

men werden? – Die nötige Mehrheit, um einen Zwangsjackenentscheid demokratisch zu beschliessen, wird sich bis auf weiteres nicht zusammenfinden.

Frelwillig unfrelwillige Talfahrt

Die wirtschaftlichen Aktivitäten, die unseren nationalen Wohlstand erbringen, und der Wohlstand selbst sind weitherum verdächtig geworden. Abbau, zurück in die heilere Welt vor dem ins Kraut geschossenen Wohlstand sind Postulate im Aufwind. Doch, wäre freiwillige wirtschaftliche Rezession steuerbar, einmal in Fahrt noch aufzuhalten? Es sind vor allem jene Jahrgänge, die im Überfluss gross geworden sind und die Härten der Vorwohlstandszeit nicht erfahren haben, welche für «das einfache Leben», für Bremsexperimente, für Teilen mit der riesigen, rasch weiterwachsenden Überzahl der Armen dieser Welt werben.

Räder ohne Energie stehen still

Hohe Produktivität und Wertschöpfung hier bei uns sind Voraussetzung für Hilfe an andere und liefern Triebkräfte für mehr Arbeit und menschenwürdiges Leben in der dritten Welt. Unsere Entwicklung von der Agrar- und Industriegesellschaft zur laufend wachsenden Dienstleistungsgesellschaft wurde ermöglicht durch die hohe Produktivität in der Gütererzeugung. Das weitere Wachstum der Arbeitsplätze im tertiären Wirtschaftsbereich bedingt weitere Produktivitätszunahmen. Unsere hohe Wertschöpfung, unseren Wohlstand verdanken wir im wesentlichen der Erzeugung und Nutzung von Fremdenergie (primär Elektrizität). Drosselung der Fremdenergie hätte deshalb kaum absehbare Folgen für unsere Beschäftigung, unsere Wirtschaft sowie noch fatalere Folgen für unser Hilfspotential an Dritte.

Plus- und Minus-Wirkungen

Die Spitzentechnologie, hier ohne jegliche Wertung betrachtet, hat Bewegung und Veränderung in unsere Gesellschaft und in das Leben des Einzelnen gebracht. Bewegung führt aber irgendwohin, in Positiv- und in Negativbereiche. Die Spitzenleistungen in Medizin und Chemie haben den Kampf gegen Krankheit und Tod erfolgreich unterstützt. Die hohe Wertschöpfung ermöglichte die Schaffung der zahlreichen lei-

stungsfähigen öffentlichen Sozialwerke. Sie brachte aber auch für die Lebensgestaltung der grossen Mehrzahl unserer Bevölkerung Wohlstand und Handlungsspielraum, wie er bis vor wenigen Jahrzehnten nur einer sehr schmalen Oberschicht vergönnt war. Den Gewinnposten stehen allerdings auch gewichtige Passiven gegenüber, die weitgehend Folgewirkungen der Wohlstandsgesellschaft sind: Naturzerstörung, Luftverschmutzung, Lärm, Ziellosgigkeit, Werteverlust, Drogensucht.

Das Paradies liegt nicht hinter uns

Die Wahl einer Rückkehr in die technische Unschuld, in ein Vergessen des

einmal Erreichten steht uns jedoch nicht offen. Im Gegenteil, der Drang weiterzubauen an dieser Welt ist dem Menschen offensichtlich als Urtrieb eingepflanzt. Zum Weiterbauen befähigt den Menschen massgeblich das Erkennen und Auswerten von Erfahrungen. Der Suche nach Fehlern und Mängeln und nach den entsprechenden Abhilfen für die Zukunft ist denn auch bei den Grosskatastrophen des Jahres 1986 sofort und in der ganzen Breite und Tiefe die gebotene Aufmerksamkeit gewidmet worden. Nicht im Ausstieg, sondern in der Bekämpfung von Mängeln und Nachteilen liegt das der menschlichen Natur gemässe Rezept.

Mit der SAD durch Ungarn und Bulgarien

5.–15. Oktober 1986

Reisebericht von Irène Thomann-Baur

Es wäre eine Anmassung zu behaupten, die in den zehn Tagen gesammelten Eindrücke über Ungarn und Bulgarien reichten für ein umfassendes Urteil. Aber die Mischung von Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft und Folklore, erlebt in einer aufgeweckten Reisegesellschaft unter überlegener präsidialer Führung, fügten dem Osteuropa-Entdecker wertvolle Steinchen in sein anlässlich einer DDR-Reise begonnenes Mosaik.

Grenze – transdanubische Weite – Schlösser – Gänseleber – lebenslustiges Ungarn

Mit etwas wehmütigen Blicken schielten Wien-Liebhaber nach der österreichischen Kapitale, welche der ungarische Bus (Marke Icarus) schnöd links liegen liess. Aber schon bald kündete der erste Wachturm von der nahenden Grenze. Diskret verstecken sich die Sperranlagen am herbstlich getönten Waldrand, nur zwei massive Schranken auf der Strasse rieten unmissverständlich ab von falschem Verhalten. Schikanöse Grenzkontrollen erlebten wir nirgends, hier interessierten lediglich die Papiere des Chauffeurs näher. Nach 30 Minuten rollte der Bus auf ungarischem Staatsgebiet weiter nach dem Städtchen Sopron, und die unendliche transdanubische Weite, getaucht in ein mildes Licht, hiess einen willkommen; sie sollte uns bis zum Hochland von Bulgarien nicht mehr entlassen. Kulturelle Genüsse und einen Augenschein in die Vergangenheit bot in Fertöd das

Schloss des Fürsten Niklaus Esterhazy, der sich in einem grosszügigen Park ein besser proportioniertes kleines Schönbrennen erbaut hatte. Hier wirkte bei fürstlichem Lohn Joseph Haydn. 95% der bebaubaren Fläche der ungarischen Tiefebene gehören den landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften, 5% stehen in Privatbesitz (vor allem Obst- und Gemüsegärten). Vom Anbau von Mais, Reis, Soja, sehr viel Sonnenblumen, von Viehzucht (vor allem Schweine und Geflügel) und vom Exportartikel Gänseleber lebten ihre Landsleute, schilderte Reiseleiterin Vera Zaray. Ungarn mit seinen 10,5 Mio. Einwohnern auf 93000 km² verfüge über wenig Rohstoff.

Dampfende Wasser

Unterdessen steuerte der Bus geradeaus durch eine zivilisationsarme Gegend unerbittlich gen Süden, kaum ein Licht grüsste aus der zunehmenden Finsternis, in der wir schliesslich den Kurort Heviz erreichten. Die Badeindustrie hat hier voll zugeschlagen: riesige

Hotels, das neueste von Österreich erbaut, pagodenartige Hütten zieren die Badeanlage, auf deren dampfenden Wassern Lotosblüten treiben, das Hallenbad, die Promenade – nichts fehlt zum vollkommenen Glück des Kurgastes.

Barocke Festlichkeit

Am Montag soll man in Ungarn nichts wollen, schon gar nicht Schlösser besuchen. Uns öffnete in Keszthely das Schloss des Grossgrundbesitzers Festetics (er nannte 100 000 Hektaren, $\frac{1}{10}$ des heutigen Ungarns, sein eigen) trotzdem seine Pforten und nahm mit seinem prächtigen Festsaal (hier traut



der Bürgermeister Heiratswillige), den Gemälden bedeutender ungarischer Maler und der Helikonbibliothek (über 50 000 Bücher umfassend) gefangen.

Dunstige Weite

Europas grösster Süsswassersee, der Plattensee (Balaton), gaukelte an diesem dunstigen Herbsttag noch mehr Fläche (591 km²) vor, verschmolzen seine Ufer doch mit dem blassblauen Himmel. Originell gebaute Einfamilienhäuser (vielfach als Wochenendbleibe reicher Leute deklariert) säumen seine Gestade. Das beglückende Bild vervollkommnete ein Gang durch das Dorf Tihany, dessen Häuser (oft mit kurzgeschorenem Schilf bedeckt) in grosser Zahl unter Denkmalschutz stehen. Ein Schatzkästchen von einer Gegend!



Faszinierende Hauptstadt Budapest

Aber Budapest lockt, mit seinen 2,2 Mio. Einwohnern auf 535 km² ein Wasserkopf. Aus ist es mit der betulichen Stille, die Hauptstadt lebt, erstmals sehen wir Menschen in Scharen, und das Meer der Autos (meist klappernde Ladas) zeugen von einem gewissen Wohlstand. Wolkenkratzer, Wohnsilos schiessen rund um die Altstadt aus dem Boden, und trotzdem, die Wohnungsnot ist gross – eine Klage, die uns bis ans Ende der Reise begleiten wird. Vom hügeligen Buda gleiten wir hinab über die Kettenbrücke ins flache und mondäner Pest. Am Montagabend dekretiert Staatschef Kadar Fernsehstille, die Folge: die Ungarn lesen in dieser Zeit nicht etwa wie beabsichtigt Bücher, sondern strömen mit den Touristen um die Wette durch die verkehrsfreie Innenstadt von Pest. Missmut zeigt im Augenblick bloss die Donau (28 km lang zieht sie sich, acht Brücken unterquerend, durch die Stadt). Die monatelange Trockenheit hat die Schifffahrt fast lahmgelegt, vertäut dösen die prächtigen Dampfer vor sich hin. Für eine imposante Kulisse sorgt Buda mit der alten Königsresidenz, der Fischerbastei, der Matthiaskirche, dem Gellertberg. Das Bummeln durch die malerischen Gassen des

Burgviertels versetzt einen in eine andere Welt – wenn nur diese Ladas nicht kreuz und quer herumstünden!

Die Deutschstunde

Schulglocken tönen überall gleich; auch im Gymnasium, das wir besuchen durften, mahnte die schrille Glocke zur Aufmerksamkeit; denn schon empfing uns die energische Lehrerin Judith Orloszy-Jstvaney. In enge, recht abgewetzte Schulbänke gezwängt, wurden wir Zeugen einer methodisch-didaktisch glänzend aufgebauten Deutschstunde, in der die zwanzig 16jährigen Schülerinnen (mit einer Ausnahme alle behost) keine Chance hatten, auch nur eine Sekunde «auszuweichen». Spätestens bei der Schlussbeurteilung bekamen die Schülerinnen zu hören, wie weit ihre Mitarbeit befriedigt hatte. Die im zweiten Jahr Deutsch Lernenden zeigten erstaunliche Kenntnisse, stolperten jedoch regelmässig über die Satzstellung. Alle Fremdsprachen seien für die Ungarn etwa gleich schwierig, versicherte die Lehrerin, welche den Unterricht von Anfang an in Deutsch hielt. Das Lehrbuch stammt aus der BRD, wird in Ungarn jedoch in Lizenz hergestellt. Während einer guten Stunde beantwortete Frau Judith die Fragen der SAD-Gesellschaft, welche dabei erfuhr, dass das Abitur wenig bedeutet; den Zugang zur Universität öffnet ohnehin eine eigene Aufnahmeprüfung, die mehrmals abgelegt werden kann. Eingepägt hat sich die missliche wirtschaftliche Lage, in welcher der Staat seine Lehrkräfte (in der Mehrzahl Frauen) darben lässt. Junge Leute unterrichten lieber in Privatschulen oder arbeiten als Dolmetscher, was lukrativer ist. Die Staatsideologie schliesslich bildet kein eigenes Fach, sie fliesst in alle Unterrichtseinheiten ein.

Fortsetzung folgt

Die SAD-Reise nach Ungarn / Bulgarien wird wiederholt

14.–24. Mai 1987

Planen Sie jetzt Ihre Ferien 1987 und fahren Sie mit uns in den blühenden Mai nach Ungarn und Bulgarien. Kultur, Folklore und Informationen über Land und Leute, erstklassige Hotels sind Merkmale der SAD-Reisen. Preis pro Person zirka Fr. 2200.–.

Interessenten bitten wir um provisorische Anmeldung bis Mitte Januar 1987 an das SAD-Zentralsekretariat, Feldeggstrasse 65, 8034 Zürich
Benützen Sie den nachstehenden Anmeldealon

Wichtige SAD-Veranstaltung

Demokratie und Rüstungsbeschaffung

Ein aktuelles Thema kompetent dargestellt

Rüstungschef Dr. Felix Wittlin

stellt die Rüstungsbeschaffung in grössere Zusammenhänge. Ein Thema, über das sich der Stimmbürger in den kommenden Monaten informieren muss.

Wir laden Sie freundlich ein, an diesem Informationsabend teilzunehmen.

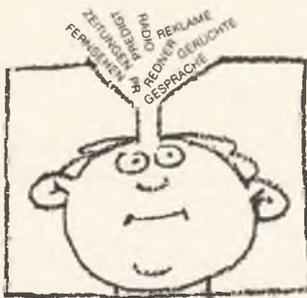
Mittwoch, den 28. Januar 1987

17.30 Uhr im Auditorium HG E 7
im Hauptgebäude der ETH Zürich

**Fernost-Reise
im September**

Nach den China-Reisen (1978/80/81/83/85, davon 1980 und 81 als SAD-Reisen) bereite ich eine Reise für eine Gruppe von 20 Personen in Chinas Umfeld vor: Korea, Taiwan und Hongkong. Während zirka 20 Tagen werden wir gemeinsam den landschaftlichen, historischen und politischen Besonderheiten dieser Gebiete nachgehen. Ein Teil früherer Teilnehmer meiner China-Reisen hat schon seine Teilnahme angekündigt. Interessenten können sich melden beim SAD-Zentralsekretariat oder direkt bei Hans Ulmer, Bergstrasse 324, 8707 Uetikon (Zentralsekretär 1964–1981)

Eine SAD-Neuerscheinung: Januar 1987



«Meinungsbildung»

Meinung und Meinungsbildung

- Der Mensch und seine Meinungen
Dr. Jacques Vontobel, Pestalozzianum Zürich
- Wie entstehen öffentliche Meinungen
Prof. Dr. Ulrich Klöti, Universität Zürich

Meinungsbildung im politischen Bereich

- Die öffentliche Meinungsbildung bei Abstimmungen
Claude Longchamp, lic. phil., Universität Bern
- Wie bildet der Politiker seine Meinung
Dr. Paul Eisenring, Nationalrat, Zürich

Medien als Mittel und Träger der Meinungsbildung

- Medien und Meinungsbildung
Dr. Christian Doelker, Pestalozzianum Zürich

- Meinungsbildung durch das Medium der Presse
Dr. phil. Erich A. Kägi
- Meinungsbildung durch die elektronischen Medien
Dr. phil. Marie-Therese Guggisberg, Radio DRS, Zürich
- Wie werden Meinungen gemacht?
Heinz Gut, Direktor PR-Agentur Dr. Rudolf Farner
- Der (SRG-)Journalist im Spannungsfeld der politischen Meinungsbildung
Andreas Blum, lic. phil., Programmdirektor Radio DRS

Meinungsbildung im Unterricht

- Ist dieses Thema nicht zu heiss? Meinungsbildung in einer 6. Klasse am Thema Agrochemie
Hansjörg Steiner, Primarlehrer, Niederhasli

- Meinungsbildung – Impulse für den Unterricht auf der Volksschul-Oberstufe
Prof. Josef Weiss, Direktor der gewerblichen Berufsschule, St. Gallen
- Meinungsbildung an gewerblich-industriellen Berufsschulen
Dr. Tilo Hässler, Dozent SIBP Hans Jürg Reichen, Berufsschullehrer
- Meinungsbildung an der Mittelschule
Prof. Dr. phil. Franz Ehrler, Kantonschullehrer, Luzern
- Meinungsbildung in der Lehrerbildung
Dr. phil. Bruno Häfliger, Kantonales Lehrerseminar, Hitzkirch
- Muss der Lehrer lernen, Meinungsbildung zu lehren?
Heinrich Riesen, Leiter der Lehrerfortbildung des Bernischen Lehrervereins, Gurzelen

**2. SAD-Reise nach Ungarn und Bulgarien
14.–24. Mai 1987**

Ich melde mich provisorisch für diese Reise an und bitte um das ausführliche Programm:

Name: _____ Vorname: _____
 PLZ/Ort: _____ Strasse: _____
 Anzahl Personen: _____

Bitte einsenden bis *Mitte Januar 1987* an das SAD-Zentralsekretariat, Feldeggstrasse 65, 8034 Zürich

Aspekte der Arbeit

Interview mit Fritz Reimann, Präsident
des Schweizerischen Metall- und
Uhrenarbeiter-Verbandes (SMUV)
50 Jahre Friedensabkommen in der
Maschinenindustrie: Geschichtlicher
Rückblick – Bedeutung heute



Pioniere der Wirtschaft
Frau und Arbeitswelt

Stellenwert der Arbeit im Leben
des einzelnen
Arbeitszeit – Möglichkeiten
der Gestaltung
Die Veränderung der Arbeitswelt
durch den Computer



Lassen wir uns nicht entmündigen!

Freiheit ist ein grosses Ideal. Damit sie gedeihen kann, wird von jedem einzelnen grosses Verantwortungsbewusstsein vorausgesetzt; aber auch der Staat muss Voraussetzungen zur freien Entfaltung schaffen. Am Beispiel der Werbung wird klar, dass unsere Freiräume ständig weiter beschnitten werden.

Durch neue Gesetze und Verordnungen wird der Spielraum des Einzelnen, aber auch der ganzen Wirtschaft zunehmend eingeengt. Diese Bevormundung wird von gewissen Kreisen zielstrebig gefördert: Mit Verordnungen und Reglementierungen soll Systemveränderung betrieben werden!

Es ist beispielsweise erwiesen, dass die Werbung für Zigaretten lediglich einen kleinen Einfluss darauf hat, ob jemand raucht oder nicht. Die Werbung beeinflusst lediglich die Wahl der Marke. Das gleiche gilt übrigens auch für alkoholische Getränke. Dennoch hagelt es für die Werber Verbote und Einschränkungen aller Art.

Zu einem freiheitlichen Wirtschaftssystem gehört eine freiheitliche Werbung.

Sie muss ihre Aufgabe, als Vermittlerin zwischen Produzent und Konsument zu wirken, wahrnehmen können. Die zunehmenden Staatseingriffe bedeuten eine Entmündigung des einzelnen Bürgers.

Die Werbung erfüllt in unserem freiheitlichen Wirtschaftssystem eine wichtige Funktion.

Sie vermittelt Informationen und schafft Markttransparenz. Zu Unrecht wird ein ganzer Wirtschaftszweig verteufelt. Die Werbung ist in der Schweiz durchwegs gut und fair. Wo eine Entgleisung

droht, schaut die brancheneigene «Kommission zur Überwachung der Lauterkeit in der Werbung» zum rechten und unterzieht die Werber einer strengen Selbstkontrolle.

«Werbung ist notwendig! Für den Käufer ist sie eine unentbehrliche Informationsquelle. Sie ermöglicht den Wettbewerb und stellt damit eine Voraussetzung für das Funktionieren der Marktwirtschaft dar. Durch ihren finanziellen Beitrag für Inserate sichert sie zudem das Überleben der freien Presse.»

Ständerat Markus Kündig, Zug

Wenn Sie wollen, dass wir uns weiterhin für die Werbefreiheit einsetzen, unterstützen Sie uns mit einem Beitrag auf

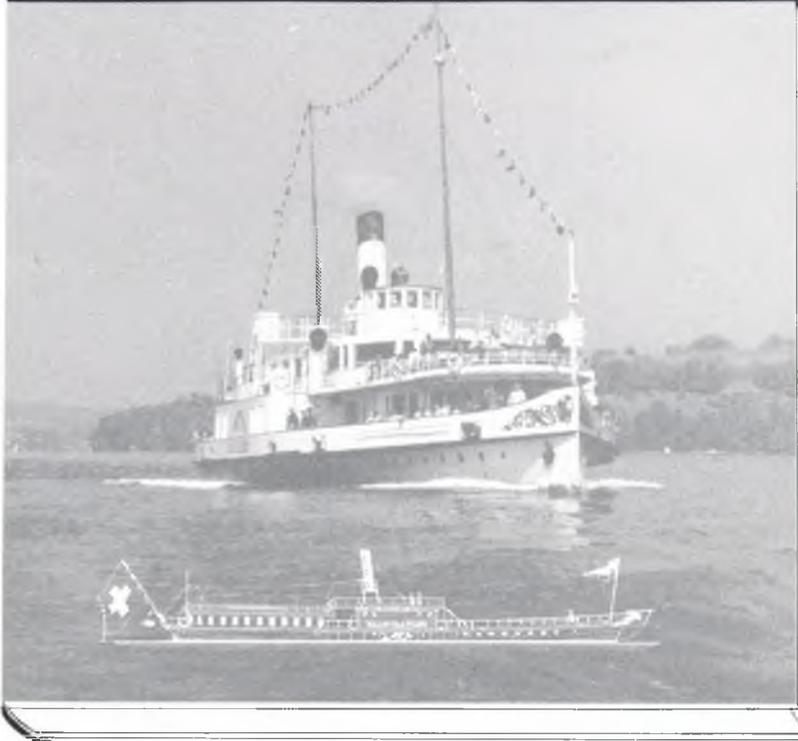
**Postcheck-Konto 80-31010-9
«Aktion Freiheit und Verantwortung», Zürich.**

Aktion Freiheit und Verantwortung

Postfach, 8024 Zürich

Die Geschichte der Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee

JOSEF GWERDER
JÜRIG MEISTER
ERICH LIECHTI



J. GWERDER / J. MEISTER / E. LIECHTI

Die Geschichte der Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee

Format: 21 × 23 cm

Umfang: 352 Seiten, teilweise 4farbig
Überzug 4farbig laminiert

Fr. 58.—

plus Porto und Verpackung

Sichern Sie sich Ihr
Exemplar, indem Sie den
nebenstehenden Coupon
abtrennen und einsenden
an:

Reuss Verlag Luzern
Baselstrasse 11
6002 Luzern

Bestellschein

Ich/wir bestellen ____ Ex. «Die Geschichte der Schifffahrt auf dem
Vierwaldstättersee» zum Preise von Fr. 58.— plus Porto und Ver-
packung.

Name _____

Vorname _____

Strasse, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum/Unterschrift _____

1987 jährt sich der Beginn der Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee zum 150. Male. Aus diesem Grunde hat die Autorengruppe (Josef Gwerder, Jürg Meister, Erich Liechti), bekannt durch ähnliche Publikationen über fast alle Schweizer Seen, die Geschichte der Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee in Form eines Bildbandes herausgegeben.

In Wort und Bild, mit einer Fülle von bisher kaum bekannten technischen Daten, historischen Fakten, Plänen und Illustrationen berichtet dieser Band auf 352 Seiten über jedes einzelne der maschinenangetriebenen Schiffe, die je der öffentlichen Schifffahrt auf dem Vierwaldstättersee gedient haben bzw. immer noch dienen.

**Ein Leckerbissen für jeden an der Schifffahrt
interessierten Freund des Vierwaldstättersees.**

Vollständige technische, «biographische» und bildmässige Dokumentation aller maschinengetriebenen Vierwaldstätterseeschiffe für den öffentlichen Verkehr.

Bestellschein bitte
abtrennen und einsenden
an Reuss Verlag,
Baselstrasse 11,
6002 Luzern
Telefon 041 - 22 11 21

Reuss Verlag
RV